



medico international



rund- schreiben 02/16

Erdoğan's Türkei: Krieg gegen die Kurden
Europas Grenzen: Jenseits in Afrika
Brasiliens Krise: Das Ende einer Epoche

KOMMENTAR 4
TÜRKEI/KURDISTAN 8
LIBANON 13
EU-GRENZREGIME 16
MIGRATIONSKARAWANE 18
NACH IDOMENI 22
PROJEKTE – PROJEKTIONEN 26
BRASILIEN 28
ISRAEL 32
HAITI 37
MEDICO AKTIV 38
STIFTUNG MEDICO INTERNATIONAL 40
MEDICO MATERIALLISTE 44
SERVICE/IMPRESSUM 46

Liebe Leserinnen und Leser,

als Stadt der Banken genießt Frankfurt keinen guten Ruf, vor allem bei denen, die den neoliberalen Finanzkapitalismus für eine immer tiefer greifende Finanzialisierung aller Lebensbereiche verantwortlich machen. Aber Frankfurt ist auch eine Stadt, in der Gegenkultur lebt. Eine der Kulturinstitutionen, in denen auch die Kultur jenseits des Marktes ihren Platz hat, ist das Museum für Moderne Kunst, das MMK. Nicht zum ersten Mal bemüht es sich, einen anderen „Weltgeist“ anzurufen als den des reinen Geldes. Da korrespondieren medico und die Museumsmacher auf stille Weise. An der gegenwärtigen Ausstellung „Sacrifice and Harmony“ des algerisch-französischen Künstlers Kader Attia, die noch bis Mitte August zu sehen ist, konnten wir medicos nicht vorbeischaun. Denn sie kommt einem Gang durch die Denkräume von medico gleich. Den Auftakt bildet die

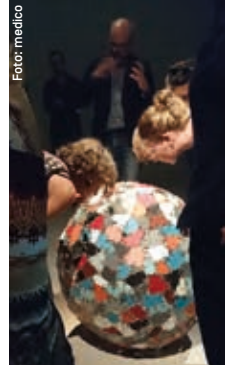
Nachbildung einer Straße in Hebron: unten die verschlossenen Läden der arabischen Bewohner, darüber ein Gitter, auf dem der Wohlstandsmüll der jüdischen Siedler landet, den sie aus ihren Wohnungsfenstern „nach unten“ werfen. Attia nimmt das Geschehen, über das wir durch unsere Partner von Breaking the Silence regelmäßig berichten, aus dem konkreten Kontext. Sein Werk ist ein Sinnbild für Ausschluss, Unterwerfung, Abgrenzung und Rassismus.

Mit diesem dramatischen Auftakt erzählt er einen Weltzustand, der die Seele beschädigt und nach Reparatur und Aufklärung verlangt. Es fehlt hier der Platz, zu beschreiben, welche Wege Attia dafür einschlägt. Angerrissen sei die Beschäftigung mit der Psyche (Interviews mit Analytikerinnen, Schamanen, Ethnologen, etc.), der Aufstand (Intifada: The endless Rhizom of Revolution), der Wiederholungszwang des Schreckens, der der Amnesie entspringt (J'accuse). Die Ausstellung endet mit der Kugel, die auf unserem Cover abgebildet ist. Der Titel: Chaos + Repair = Universe. Um die Welt so zu begreifen, bedarf es der Aufhebung dessen, wie wir sie jetzt erleben. Nur wenn der Ausschluss aufgehoben ist, jede und jeder Zugang zu gleichen Rechten hat, kann man über eine künftige Welt, die keine Idylle ist und sich dessen auch bewusst ist, nachdenken.


Die medico-Weltzugänge finden Sie wie immer vierteljährlich in diesem Heft. Es erscheint zu einem Zeitpunkt, da mit dem Referendum in Großbritannien deutlich geworden ist, dass man ohne einen anderen Weltentwurf – und hier ist Attia hilfreich – dem Wiederholungszwang anheimfallen wird. Ein Europa, das sich in Nationalismen auflöst, ist wieder denkbar geworden. Thomas Seibert schreibt das diesjährige medico-Stiftungssymposium fort, das sich mit eben der europäischen Entwicklung und der Frage beschäftigte, wie ein anderes Europa Ausgangspunkt für die Attia'sche Welt sein könnte.

In diesen polarisierten Zeiten stehen die Arbeiten unserer Partnerinnen und Partner, die wie selten zuvor als Inseln der Vernunft bezeichnet werden können, unter enormem Druck. Ob es unsere israelischen Kolleginnen und Kollegen sind, die an den Rand der Legalität gedrängt werden, oder Zufluchtsprojekte wie das selbstorganisierte Flüchtlingshotel in Athen. Das Projekt ist prekär, da das Haus besetzt wurde. Diese Inseln der Vernunft sind manchmal nur Räume der Freiheit auf Zeit. Deshalb an dieser Stelle der wiederholte Appell, uns Ihre Unterstützung als zweckfreie Spende für einen flexiblen Einsatz zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Kurator Klaus Görner erläutert der medico-Belegschaft die Kader-Attia-Ausstellung im MMK.



~~Demo-~~ ~~kratie~~

Die Verteidigung
eines Projekts

Über die [Ir-]Rationalität rechten Wahns und das „Weltweitwerden der Welt“

Von Thomas Gebauer

Die Zerrissenheit könnte größer nicht sein: auf der einen Seite die solidarische Hilfsbereitschaft von Hunderttausenden; auf der anderen eine wachsende rassistische Gewalt. Um der zu begegnen, ist es nicht unerheblich zu wissen, wie es zu dieser Enthemmung von Aggression kommen konnte.

Rechtspopulistische Bewegungen sehen sich bekanntlich als Stimme der kleinen Leute. Sie beklagen den Zustand der Demokratie, wettern gegen den Verrat durch Bonzen und Bürokratie, fordern Bürgerentscheide und legen damit den Finger in eine bestehende Wunde: die Repräsentationskrise europäischer Demokratien. Auch Gewerkschaften, Kirchen und die politische Linke hadern mit den herrschenden Verhältnissen, in denen ökonomische und machtpolitische Interessen über die Rechte der Menschen dominieren. Die Demokratie aber, die sich Parteien wie die AfD vorstellen, ist keine offene Demokratie, die auf der Austragung von Konflikten beruht. Rechtspopulisten propagieren eine Gemeinschaft der Gleichen, in der die Willensbildung von einem homogenen Volkskörper ausgeht – weshalb es im Leitbild der AfD weder Platz für Fremde, Flüchtlinge oder Minderheiten noch für Genderpolitik oder einen toleranten Umgang mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen gibt. Schon Lehrpläne, die Sexualkunde vorsehen, gelten als bedrohliche Indoktrinierung. Nicht die Schwachen und Diskriminierten sind die Opfer, sondern man selbst. Alles, was die wahnhaft phantasierte kollektive Vernunft des Volkes in Frage stellt, ist Verrat oder Lüge.

Die typischen Verschwörungs- und Wahnvorstellungen, die in der rechtspopulistischen Rhetorik mitschwingen, verweisen auf den Kern des Problems: Es sind tiefgreifende Verunsicherungen bzw. Befürchtungen, mit den komplexer werdenden Verhältnissen der Welt nicht mehr zurechtzukommen. Wenn weitreichende Entscheidungen, wie die zum globalen Handel, von Regierungsvertretern und der ökonomischen Elite in Hinterzimmern getroffen werden, wenn reale Interessenkonflikte nicht mehr öffentlich ausgetragen, sondern an technokratische Expertengremien delegiert werden, und schon das Nachdenken über Alternativen zur kapitalistischen Verwertungslogik als Ideologie oder Illusion diffamiert wird, verwundert es nicht, wenn sich das Gefühl von Ohnmacht breitmacht.

Postdemokratie und Markt- radikalität

Auf bemerkenswerte Weise korrespondiert die Herausbildung postdemokratischer Verhältnisse mit der marktradikalen Umgestaltung der Welt. „Wenn jede und jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht“, lautet das Credo des Neoliberalismus, in dessen Zentrum eben nicht mehr die Idee von Gesellschaft als Solidargemeinschaft steht, sondern eine verabsolutierte Idee von Eigenverantwortung. Mit der voranschreitenden Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge kommt den Menschen das abhanden, worauf sie sich stützen könnten.

Weder gibt es heute noch jene soziale Sicherheit, von der aus sich angstfrei das Leben in die Hand nehmen ließe, noch haben die Einzelnen die Möglichkeit, die Vorgaben von Marktwirtschaft und Verwaltungsstaat, innerhalb derer sie als „Unternehmer in eigener Sache“ tätig werden sollen, wirkungsvoll zu beeinflussen.

Zu den Charakteren, die sich im Zuge der neoliberalen Umgestaltung der Welt herausgebildet haben, zählen Menschen mit einer außergewöhnlichen Leistungs- und Konkurrenzbereitschaft, die aber zugleich in der ständigen Angst leben, den eigenen hohen Ansprüchen nicht entsprechen zu können. Prägend ist das propagierte Ideal des selbstbezogenen Siegertyps, das uns in Talkshows, im Trash der Boulevardmedien, in wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbüchern, in Bundestagsreden und Hollywood-Produktionen entgegentritt. Wo sich die ideologische Hegemonie der kapitalistischen Lebensform so tief ins Bewusstsein der Menschen eingräbt, werden nichtkapitalistische Perspektiven systematisch verschlossen und verdichten sich Ohnmachtserfahrungen.

Genau das aber spielt rechten Demagogen in die Hände. Gezielt nutzen sie die Ressentiments, die sich in der Bevölkerung gegenüber der bestehenden Ordnung aufbauen. Mit dumpfer Hetze gegen Flüchtlinge, Medien und Europa bedienen sie die Sehnsucht nach einer Vergangenheit, in der noch Ordnung und Stabilität geherrscht haben soll. Nicht zuletzt regressive Versorgungswünsche sichern rechtsextremen Bewegungen den Zulauf: Das Verlangen nach einer Rundumversorgung, die Trauer um den Verlust eines autoritären, aber Schutz bietenden Wohlfahrtsstaates, ja selbst die wehmütige Erinnerung an jene Versorgungsdiktaturen, die mit dem Untergang der realsozialistischen Welt verschwunden sind. Psychoanalytisch gesprochen, bieten rechtspopulistische Bewegungen einen Ausgleich für narzisstische

Kränkungen. Solange Ohnmachtsgefühle über Wohlstandserfahrungen kompensiert werden können, bleibt das Selbstbild unangetastet. In dem Maße aber, wie die eigenen Privilegien, aus welchen Gründen auch immer, ins Wanken geraten, kommt auch das Selbstbild ins Wanken. Und weil Demokratie immer nur als Mittel für die Sicherung des Wohlstandes verstanden wurde, brechen in Krisenzeiten antidemokratische Tendenzen durch.

Der Anschluss an rechtspopulistische Bewegungen gibt den Einzelnen das Gefühl, wieder Teil einer mächtigen Gemeinschaft zu sein. Der Tritt nach unten, der Hass auf alle, die nicht dazugehören, die Verfolgung von Minderheiten stellt jene alte Hierarchie wieder her, die mit den komplexer gewordenen Verhältnissen in Frage gestellt worden ist. Auf wahnhaftige Weise werden Fremde und Andersdenkende für die eigene Verunsicherung verantwortlich gemacht. Damit bekommt auch das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein, einen Grund: Es sind die Fremden, denen die da oben alles zuteilwerden lassen, während man selbst vergessen wurde.

Zum Wesen dieses Wahns gehört, dass er sich nur im Kontext hermetisch abgeschlossener Weltbilder aufrechterhalten lässt. Diejenigen, die den Wahn teilen, müssen sich seiner nicht einmal bewusst werden. Da grundsätzlich die anderen falsch liegen, fruchtet keine argumentative Auseinandersetzung. Die Rebellion, die darin zum Ausdruck kommt, hat nur das eine Ziel, den Wahn aufrechtzuerhalten – und wird dadurch zu einer umso gefährlicheren destruktiven Kraft. „Vielleicht liegt das Geheimnis der faschistischen Propaganda darin, dass sie einfach die Menschen als das nimmt, was sie sind: echte, ihrer Selbstständigkeit und Spontaneität weitgehend beraubte Kinder der heutigen standardisierten Massenkultur, und dass sie keine Ziele aufstellt, deren Verwirklichung ebenso über den psychologischen wie über

den gesellschaftlichen Status quo hinausginge. Die faschistische Propaganda braucht nur die Seelenverfassung für ihre Zwecke zu reproduzieren. Sie braucht keine Veränderung hervorbringen.“ – so Adorno 1951 zur Struktur der faschistischen Propaganda.

Bruch mit dem herrschenden Realitätsprinzip

Die heute ausufernde Gewalt verlangt ohne Frage nach raschen Eingriffen. Erfolgreich aber werden diese nur sein, wenn sie die Probleme an der Wurzel packen. Das Unbehagen, das sich im Zuge der Globalisierung verschärft hat, ist nicht einfach nur die Folge von einzelnen politischen Versäumnissen, sondern Ausdruck der Hegemonie kapitalistischer Verhältnisse. Zweierlei scheint deshalb heute vordringlich: zum einen die Schaffung einer gesellschaftlichen Sphäre, in der öffentliche Einrichtungen jenseits von partikularen Profitinteressen dafür sorgen, dass allen Menschen an allen Orten der Welt der Zugang zu notwendiger Daseinsvorsorge und sozialer Absicherung ermöglicht wird; zum zweiten die Transformation des herrschenden Realitätsprinzips, die Abkehr von der Ausrichtung menschlichen Lebens an verwaltungstechnischen und ökonomischen Vorgaben wie Verwertbarkeit, Produktivität und Konkurrenz. Ohne einen Bruch mit diesen Prinzipien wird es weder gelingen, das individuelle kreative Sein zu fördern, noch jene gesellschaftlichen Räume entstehen zu lassen, die für die Überwindung rassistischer Gewalt und die Schaffung weltbürgerlicher Verhältnisse notwendig ist.

Rezepte für diese Transformation gibt es nicht. Die Fragen aber, die den Weg begleiten, stehen längst fest: die Frage nach der Bedeutung und Verteilung künftig gesellschaftlich notwendiger Arbeit; wie ökonomische Verhältnisse jen-

seits von Rendite und Wachstumspostulaten aussehen können; die Frage der demokratischen Konstitution öffentlicher Daseinsvorsorge und einer ästhetischen Erziehung, die die Menschen nicht an die kulturindustrielle Verdummungsmaschine ausliefert; die Frage einer Bildungspolitik, die sich aus der Umklammerung von Ökonomie und Verwaltungsmacht befreit und an die Stelle verschulter Bologna-Studiengänge wieder die Förderung kritischen Denkens setzt. Das Telos der Kulturbildung, das „Weltweitwerden“ der Welt, wie der französische Philosoph Jacques Derrida es formuliert hat, wird solange nicht erreicht, wie menschliche Subjektivität dem Diktat von Ökonomie und politischer Kontrolle unterworfen bleibt.





Erdoğan's Krieg

Der Krieg ist zurück in den kurdischen Städten im Südosten der Türkei.



Türkei. Im Südosten sind Hunderttausende auf der Flucht. Hilfe leisten Vereine der kurdischen Zivilgesellschaft

Von Peter Schaber

Im Südosten der Türkei herrscht Krieg. Das türkische Militär hat ganze Stadtviertel von Diyarbakır, Cizre, Nusaybin und Silopi dem Erdboden gleich gemacht, über 500 Zivilistinnen und Zivilisten wurden getötet, Hunderttausende sind vor den Bombardierungen geflohen. Auch die PKK verübt wieder Anschläge in der Türkei, ihre Stützpunkte in den Kandil-Bergen sind Ziele der türkischen Luftwaffe. Wie konnte es dazu kommen?

Noch vor einem Jahr, nach dem Einzug der linken, prokurdischen HDP ins Parlament, sah es so aus, als stünde der Jahrzehnte alte Konflikt zwischen türkischem Staat und Kurden vor seinem Ende. Dann erschütterte der Anschlag auf linke Jugendliche in Suruç, die beim Wiederaufbau von Kobanê helfen wollten, das Vertrauen in einen Friedensprozess, der schon zuvor viel Toleranz von der kurdischen Seite verlangt hatte. Die Tötung von zwei Polizisten, die dem Islamischen Staat geholfen haben sollen, lieferte schließlich dem türkischen Staat den Vorwand, den Friedensprozess aufzukündigen, die HDP zu diffamieren und bei Neuwahlen zurückzudrängen. Anschläge auf eine Kundgebung der HDP in Diyarbakır und auf eine Friedensdemonstration in Ankara mit über hundert Toten brachten das Fass zum Überlaufen.

Militante Jugendgruppen attackierten die Polizei in verschiedenen kurdischen Städten und verbarrikadierten ihre Viertel, um die zu erwartenden Polizeimaßnahmen zu erschweren. In

nahezu allen größeren Städten des mehrheitlich kurdischen Südostens der Türkei erließ die AKP-Regierung unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan und dem kürzlich geschassten Premier Ahmet Davutoğlu daraufhin sogenannte Ausgangssperren. Diese wurden begleitet von einem Belagerungszustand: Zigtausende Soldaten und Milizionäre von Sondereinheiten schossen auf jeden, der die Straße betrat, Wohnviertel wurden mit Panzern und Artillerie angegriffen, die Grenzstadt Nusaybin soll Augenzeugen zufolge mehrfach aus der Luft bombardiert worden sein. Die momentane Situation stelle selbst die Gewalt zu Hochzeiten des Krieges zwischen PKK und türkischem Staat zu Beginn der 1990er Jahre in den Schatten, erzählen ältere Kurden.

Krieg und Gentrifizierung

Die Rechnung der Machthaber in der Türkei lautet: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Südostens unterstützt die politischen Ziele der PKK oder der legalen Partei HDP, die sich unter dem Schlagwort „demokratische Autonomie“ zusammenfassen lassen – also muss diese Bevölkerung kollektiv bestraft werden. Die sozialen Beziehungen in den Hochburgen der kurdischen Bewegung sollen nachhaltig beschädigt werden. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Altstadt Diyarbakırs, Sur. Hier kämpften über Monate hinweg Jugendliche, die sich zu Zivilverteidigungseinheiten

[YPS] zusammengeschlossen hatten, gegen den Staat. Nachdem die Gefechte endeten und die eine Hälfte des auch historisch und kulturell bedeutenden Distrikts weitgehend zerstört war, verlaubliche die Regierung in Ankara die Beschlagnahmung von über 80 Prozent aller Gebäude in Sur.

Der Stadtteil soll, geht es nach dem Willen der regierenden AKP, vollständig neu gebaut werden. Deshalb bleibt er auch nach dem Ende der bewaffneten Kämpfe abgeriegelt, die Bewohner dürfen nicht zurückkehren, während die türkische Armee die noch verbliebenen Gebäude einreißt und beginnt, Fakten für die Nachkriegszeit zu schaffen. Zwölf Polizei- und Militärstationen sollen hier auf engstem Raum entstehen. Die Gründe für die beispiellose Gentrifizierungsaktion erläutert Roni Herdem, Sprecher einer Plattform gegen die Beschlagnahmungen, die über 300 Organisationen der örtlichen Zivilgesellschaft umfasst: „Entscheidend ist, die Basis der kurdischen Bewegung zu zerschlagen und ‚die Sicherheit wiederherzustellen‘, um den Raum zu kontrollieren. Deswegen werden auch nicht nur neue Polizei- und Militärstationen, sondern auch breitere Straßen gebaut, auf denen gepanzerte Fahrzeuge problemlos fahren können.“ Aber es gehe auch um ökonomische Aspekte: „Wir haben eine Regierung, die voll auf den Bausektor setzt. Deswegen muss der Staat die Kreise, die ihn unterstützen, mit immer neuen Aufträgen und Projekten füttern. Diese Branche wird hier auch bedient.“

Kurdische Selbsthilfe

Die humanitäre Katastrophe, die durch den türkischen Generalangriff ausgelöst wurde, wird derzeit vor allem durch Organisationen der kurdischen Zivilgesellschaft abgefedert. Einer der wichtigsten Akteure ist der Rojava Hilfs- und Solidaritätsverein [Rojava Yardimlasma ve

Dayanisma Dernegi]. Sein Hauptsitz liegt in der Kurdenmetropole Diyarbakır, in vielen weiteren durch den Krieg verwüsteten Städten betreibt er Außenstellen.

Wer die Verladestation des Vereins im Sumer Park in Diyarbakır besucht, trifft rund um die Uhr freiwillige Helferinnen und Helfer, die gespendete Lebensmittel portionieren, verpacken und auf LKWs laden, die die Güter dorthin fahren, wo sie benötigt werden. „Nach den Ausgangssperren brauchten die Leute uns und wir haben angefangen, Essen und andere Hilfsgüter zu verteilen. Mit dieser Kampagne ist unsere Organisation immer größer geworden und wir konnten uns sehr gut innerhalb und außerhalb der Türkei vernetzen“, erklärt Projektkoordinator Murat Cicek. Eine der wichtigsten Aufgaben sei die Schaffung von Unterkünften für die Geflüchteten gewesen. „Also haben wir sie in den Häusern von anderen untergebracht oder andere Orte gefunden, an denen sie bleiben können“, so Murat Cicek. Derzeit sind Schätzungen zufolge etwa 350.000 Menschen auf der Flucht vor den Kampfhandlungen. Die Vertreibung der lokalen Bevölkerung ist kein Nebeneffekt der türkischen Kriegspolitik, sondern eines der strategischen Ziele Ankaras.

Der Rojava-Hilfsverein versorgt die Betroffenen der Vertreibungen mit dem unmittelbar Notwendigen: von Babykleidung und Spielzeug über Hygieneartikel bis zu Nahrungsmitteln. Die Beschaffung, Verpackung und Verteilung der Hilfsgüter erfolgt selbstorganisiert. Zwar gibt es eine Zusammenarbeit mit der örtlichen Stadtverwaltung, in der linke kurdische Parteien dominieren, aber keinerlei Hilfe vom türkischen Staat. Im Gegenteil. Auch die Helferinnen und Helfer werden regelmäßig Ziel von Repressionen: „Vor zwei Tagen sind wir mit einem unserer Trucks nach Cizre gefahren. Auf dem Weg wurden wir von Polizisten angehalten und sie haben uns nicht weitergelassen. Zwei unserer



Foto: Willi Effenberger

Ziel von Repressionen: Die Freiwilligen des Rojava-Hilfsvereins.

Freunde wurden verhaftet. Sie versuchen uns immer wieder, Steine in den Weg zu legen“, sagt Murat Cicek. Eine andere Aktivistin erzählt, sie habe selbst gesehen, wie Soldaten in Idil dem Verein Hilfsgüter abgenommen und sie dann als eigene Hilfe an die Bevölkerung verteilt hätten. Unterstützung vom Staat erwartet Murat Cicek nicht – und er will sie auch nicht: „Die Regierung will diesen Konflikt in Kurdistan. Sie versuchen, uns die Arbeit so schwer wie möglich zu machen, damit wir nicht helfen können. Wir wollen aber nicht, dass die Menschen auf Hilfe von der Regierung angewiesen sind und nehmen selbst auch keine Hilfe von der Regierung an. Wir wollen lediglich, dass sie uns in Ruhe unsere Arbeit machen lassen.“

Europas Abhängigkeit

Groß hingegen ist die Enttäuschung über das Schweigen Europas, insbesondere Deutschlands. „Ich verstehe nicht, wie Merkel dem Mörder unserer Kinder die Hand schütteln kann“, sagt eine Frau Mitte 50 unter Tränen. „Sie kann doch nicht übersehen, was hier passiert.“ We-

nige Gehminuten vom Sumer-Park entfernt, im Dicle-Firat-Kulturzentrum, sitzen Familien von in Sur getöteten Kindern und Jugendlichen. „Rozerin war 17, als sie starb“, erzählt Mustafa Cukur. Ein Kopfschuss tötete die Schülerin während der Ausgangssperre. „Monatelang konnten wir nicht einmal ihre Leiche bergen und sie ordentlich begraben.“ Auch Rozerins Angehörige sind voller Unverständnis für die deutsche Politik: „Wieso hilft Deutschland Erdoğan beim Morden?“

Vor allem die Aufwertung des Erdoğan-Regimes im Zuge des sogenannten Flüchtlingsdeals hat den Ruf Europas und Deutschlands systematisch verschlechtert. Mit der Abhängigkeit von Erdoğan beraubt sich Europa auch der letzten Möglichkeit, Druck auf Ankara auszuüben, um die Kurdenfrage demokratisch zu bewältigen. Den Menschen vor Ort bleibt die Hoffnung auf die Stimme der europäischen Zivilgesellschaft: Zu einer Politik, die die europäischen Werte derart missachtet, darf nicht geschwiegen werden.

medico international arbeitet schon länger mit dem Rojava Hilfs- und Solidaritätsverein zusammen. Gemeinsam konnten wir dem städtischen Krankenhaus im syrisch-kurdischen Kobanê eine Blutbank zur Verfügung stellen; das Krankenhaus wurde vom Islamischen Staat zerstört. Nach ihrer Flucht in die Türkei wurden die Menschen aus Kobanê vom Rojava-Verein unterstützt und auch die Wiederaufbauprojekte von medico in Kobanê erfolgen in Zusammenarbeit mit dem Verein. Die vielfältigen Schikanen – zuletzt wurden die Konten des Vereins eingefroren – werden unsere Unterstützung nicht verhindern.

Spendenstichwort: Kurdistan

Niemand weiß, was morgen ist

Wie schafft es der Libanon, 1,5 Millionen Geflüchtete aus Syrien aufzuziehen? Fragen an Virginie Lefèvre vom medico-Partner Amel



Virginie Lefèvre

Seit Ausbruch des Krieges in Syrien unterstützt medico die Nothilfearbeit der libanesischen NGO Amel Association. In diesem Interview spricht Virginie Lefèvre über die Situation in einem Land, in dem fast jeder zweite ein Flüchtling ist, über die Bedingungen für ein Ende des Krieges in Syrien und die Nominierung von Amel für den Friedensnobelpreis.

Katja Maurer: Wie muss man sich die aktuelle Situation im Libanon vorstellen?

Virginie Lefèvre: In ein Land mit vier Millionen Einwohnern sind 1,5 Millionen Syrerinnen und Syrer geflüchtet. Hinzu kommen 200.000 bis

300.000 palästinensische Flüchtlinge, die bereits im Libanon waren und 50.000 Palästinenser, die aus Syrien geflohen sind. Diese Größenordnung ist schwer vorstellbar. Dennoch haben wir keine großen Lager wie in Jordanien oder der Türkei, vielmehr leben die Geflüchteten mehr oder weniger mit der lokalen Bevölkerung zusammen. Die Menschen hier haben sie von Beginn an willkommen geheißen, weil sie in ihnen Brüder und Schwestern sehen. Es ist die gleiche Region, beide Länder haben eine gemeinsame Geschichte. Um zu verstehen, wie hochdramatisch die Situation gleichwohl ist, muss man mit den Geflüchteten sprechen und ihre prekären Lebensbedingungen kennenlernen. Sie haben keinen Zugang zu Bildung, sehr schlechten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Wohnraum. Wir leisten nur das absolute Minimum, einen Tropfen auf den heißen Stein. Aber wir wissen nicht, was morgen ist. Das Land kann jederzeit kollabieren.

Amel bewegt sich schon viele Jahre auf dem schmalen Grat zwischen Krieg und Frieden. Wie genau arbeitet ihr?

Amel wurde bereits 1979 gegründet. Wir sind nicht konfessionell gebunden und damit ziemlich einzigartig im Libanon, einem hochpolitisierten und gespaltenen Land. Wir arbeiten mit

24 Zentren und sechs mobilen Gesundheitseinrichtungen im ganzen Land, aber vor allem in Beirut und in der Bekaa-Ebene nahe der syrischen Grenze. Unser umfassendes Angebot soll dazu beitragen, die Würde der Menschen ungeachtet ihrer Herkunft sicherzustellen. Im Bereich der Gesundheitsversorgung arbeiten wir als Partner von medico international. Darüber hinaus geht es um den Zugang zu Bildung oder den Schutz der Kinder. Neben der akuten Nothilfe führen wir Entwicklungsprogramme durch und unterstützen ländliche Kooperativen und migrantische Hausarbeiterinnen. Weil die gesamte Bevölkerung die Auswirkungen der Syrienkrise spürt, kümmern wir uns auch um ihre grundlegenden Bedürfnisse. Sie sollen ermächtigt werden, selbstständiger zu leben.

Du bist die ganze Zeit vor Ort. Was war das einschneidendste Erlebnis?

Jeder Tag ist furchtbar, denn es ist kein Ende in Sicht. Es ist furchtbar, wenn eine Frau nicht die Mittel hat, ein Krankenhaus zu bezahlen, um dort gebären zu können. Es ist furchtbar, ein Kind auf der Straße betteln zu sehen, weil es keinen Zugang zu Bildung hat. Für mich war die Situation in Aarsal besonders schwer, wo wir auch mit medico zusammen arbeiten. In der kleinen Stadt gibt es mehr syrische Geflüchtete als Libanesen und es fehlt an fast allem. Amel ist die einzige NGO, die in besonders gewalttätigen Zeiten dort geblieben ist.

Was wären denn aus eurer Sicht Lösungssätze für den Konflikt in Syrien?

Man kann das gar nicht oft genug betonen: Die Krise wird ohne eine politische Lösung nicht enden. Das mag offensichtlich klingen, aber es macht einfach keinen Sinn, dass humanitäre Hilfe unterstützt und gleichzeitig mit Waffen gehandelt wird. Daher sagen wir: Ja zu humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit – aber zunächst und sofort braucht es eine politische Lösung. Und diese geht nicht ohne De-

mokratie. Die politische Lösung muss von den Menschen in Syrien ausgehen. Niemand will ein Geflüchteter bleiben und auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Die Menschen wollen zurück in ihr Land, es wiederaufbauen und ihre eigene Zukunft gestalten. Die politische Lösung liegt also bei den Menschen aus Syrien und bei der internationalen Gemeinschaft. Hier muss die Priorität liegen. Denn wenn die internationale Gemeinschaft diesen Krieg beenden will, wird er enden.

Deutschland hat rund 20 Mal so viele Einwohner wie der Libanon – und reagiert auf die Ankunft von Flüchtlingen mit diffusen Ängsten und massiver Abschottung. Was kann die deutsche Bevölkerung vom Libanon lernen?

Die Menschen in Europa und der ganzen Welt sollten sich von der Großzügigkeit der libanesischen Bevölkerung inspirieren lassen. Für mich ist das ein Modell mit Vorbildcharakter. Es ist ein Bekenntnis zur Menschlichkeit – zu sagen: Es kümmert mich nicht, woher du kommst, ich nehme dich auf. Sie sollten sich auch von den syrischen Geflüchteten inspirieren lassen, die sich trotz ihrer furchtbaren Erfahrungen in ein anderes Land integrieren.

Was erwartet Amel von Organisationen wie medico?

medico war eine der ersten NGOs, die uns kontaktiert haben und gesagt hat: Wir sehen, was passiert. Was können wir tun, um euch zu unterstützen? Eine faire Partnerschaft zwischen einer deutschen und einer libanesischen NGO sorgt dafür, dass jeden Monat Tausende der Wehrlosesten Zugang zu Gesundheitsversorgung erhalten. Und das seit mehr als drei Jahren. Das ist wunderbar. Was wir von medico erwarten ist Hilfe, um weitermachen zu können, die Aufmerksamkeit für Syrien und die angrenzenden Länder wie dem Libanon zu erhalten und zu zeigen, wie wichtig eine politische Lösung ist. Es braucht internationale Solidarität,

um die humanitäre Arbeit im Libanon finanzieren zu können. Es ist aber auch entscheidend, dass die europäischen Staaten ihre Grenzen für Geflüchtete aus Syrien öffnen.

Amel ist für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden. medico hat ihn auch einmal bekommen. Sind es die zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die den Frieden bringen?

Amel wurde von seiner Exzellenz Georges Corm, dem ehemaligen Finanzminister Libanons, für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Das ist großartig, weil es unsere unabhängige Arbeit für die Verletzlichsten in unserer Gesellschaft anerkennt. Das ist natürlich keine Lösung, aber es

kann helfen, Aufmerksamkeit auf diese Krise zu lenken. Sie darf nicht zu einer vergessenen Krise werden. Der Preis wäre eine Anerkennung für alle unabhängigen NGOs wie Amel oder medico, die jenseits politischer Beziehungen mit ihrer Arbeit einen Unterschied machen.

Interview: Katja Maurer

Das Interview ist Teil der neuen medico-Gesprächsreihe seitenspiegel [siehe unten].

Spendenstichwort: Libanon



medicos „Filmstudio“:
Hier werden die Gespräche mit den Partnern geführt und aufgezeichnet.

STIMMEN AUS DEM GLOBALEN SÜDEN

medico hat die Interviewreihe seitenspiegel gestartet

Kern des Selbstverständnisses und der Praxis von medico ist die solidarische Kooperation mit Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Als kompetente Akteure wissen diese am besten, welche Hilfe vor Ort nötig und angemessen ist. Ihre Erfahrungen und Sichtweisen auf Formen der Hilfe sowie die politischen Konstellationen stellen ein wichtiges Korrektiv gegenüber den Perspektiven aus Europa dar. Um diese noch sichtbarer zu machen, hat medico ein neues Forum geschaffen: die filmische Interviewreihe seitenspiegel. Das Gespräch mit Virginie Lefèvre von dem libanesischen Partner Amel Association bei einem Besuch im Frankfurter medico-Büro [siehe oben] bildet den Auftakt. Weitere Interviews haben bereits stattgefunden. In einem schildert Ousmane Diarra, Präsident der Abgeschobenen-Selbstorganisation AME in Mali, die Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik auf Westafrika.

Dieses und alle künftigen Gespräche finden sich unter www.medico.de/seitenspiegel

Jenseits in Afrika

Die EU nutzt Entwicklungshilfe zur Abschottung

Der 20-jährige Mody Boubou Coulibaly aus Mali arbeitete als Bauarbeiter im Nachbarland Mauretanien. Am 9. Mai 2016 sprang er auf der Flucht vor einem Polizisten aus dem dritten Stock eines Rohbaus und starb wenig später. Coulibalys Verbrechen? Er hielt sich illegal in Mauretanien auf, weil er sich die 85 Euro für eine Aufenthaltsgenehmigung nicht leisten konnte.

Mauretanien war vor rund zehn Jahren ein günstiger Ausgangspunkt für Boat-People mit dem Ziel Europa. Doch längst sorgen Spanien und Frontex dafür, dass kein Boot mehr aus der Hafenstadt Nouadhibou nach Europa aufbricht und die mauretanische Regierung ihre Grenzen abschottet. Wo vorher die Reise von einem Land ins andere ohne jegliche Bürokratie möglich war, sind seit 2012 Aufenthaltsgenehmigungen nötig. Außerdem wirkt die EU auf lokale zivilgesellschaftliche Akteure ein, Sensibilisierungsprogramme zu den Gefahren der Migration umzusetzen, die Menschen vor der Reise Richtung Europa abschrecken sollen. So wurde Mauretanien von einem Transitland zu einer Sackgasse, in der Menschen aus vielen afrikanischen Ländern festsitzen. „Es sind vor allem Entwicklungshilfeszahlungen, mit denen die Abwehr von Migranten erkaufte wurde“, erklärt Amadou M'Bow von dem medico-Partner AMDH, einer mauretanischen Menschenrechtsorganisation.

Die Abschottung der EU durch Vorverlagerung ihrer Grenzen nach Afrika ist Teil des im Juli 2006 initiierten Rabat-Prozesses, der als Blau-

pause für den im November 2014 gestarteten Khartoum-Prozess sowie für den EU-Türkei-Deal 2015 betrachtet werden kann. Mit zahlreichen Aktionsplänen, Programmen und Projekten wie dem im November 2015 beim europäisch-afrikanischen Gipfeltreffen in Valletta beschlossenen „Nothilfe-Treuhandfonds“ versucht die EU unter aktiver Beteiligung der Bundesregierung

LIBYEN

Im Mai 2016 beschlossen die Außenminister der EU, ihre als völkerrechtswidrig kritisierte Marine-Mission „Sophia“ vor der libyschen Küste um ein Jahr zu verlängern und auszuweiten. Neben dem fortgesetzten Kampf gegen Schlepper sollen nun die libysche Küstenwache und Marine Unterstützung erhalten. Das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium kündigten die Bereitschaft an, zu diesem Zweck zehn Millionen Euro in einen „Hilfsfonds“ für Libyen einzuzahlen. Und ähnlich wie beim Deal mit der Türkei und afrikanischen Staaten wie Mauretanien gibt es Überlegungen, das gesamte „Management“ der Flucht- und Migrationsbewegungen zukünftig auf libyschem Territorium abzuwickeln.



die Menschen möglichst noch vor Erreichen der europäischen Außengrenzen aufzuhalten. Nachdem die Kooperation mit westafrikanischen Staaten in Sachen Grenzschutz schon recht fortgeschritten ist, wird aktuell vor allem die Zusammenarbeit mit nord- und ostafrikanischen Herkunfts- und Transitländern ausgebaut. Im Juni 2016 legte die EU-Kommission einen Plan vor, der ganz unverhohlen davon spricht, Handelsbeziehungen, Entwicklungshilfe und andere Finanzmittel dafür einzusetzen, dass Drittländer Migrantinnen und Migranten daran hindern, Europa zu erreichen.

Die medico-Partner AMDH aus Mauretanien und die Abgeschobenen-Selbstorganisation AME in

Mali haben anlässlich des Todes von Mody Bou-bou Coulibaly mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Stellungnahme veröffentlicht: „Die Europäische Union lagert schamlos und auf Kosten ihrer humanistischen Werte ihre Sicherheits- und Migrationspolitik nach Afrika aus. Nur eine echte afrikanische Integration kann verhindern, dass unsere Länder dauerhaft zu Werkzeugen der europäischen Politik degradiert werden und dass mutige junge Hoffnungsträgerinnen und -träger des zukünftigen Afrika in anderen Ländern getötet werden, nur weil sie dort ihr Brot verdienen.“ So wie Mody Boubou Coulibaly.

Ramona Lenz

MAURETANIEN

Mauretanien hat von Spanien und Europa Geldbeträge in Millionenhöhe erhalten, wovon ein Großteil in die Sicherung der Grenzen geflossen ist. Grenzen, die zuvor keine Bedeutung hatten, weil innerhalb Westafrikas Freizügigkeit herrschte, wurden aufgerüstet. Auch Entwicklung und Entwicklungshilfe werden in den Dienst der Migrationsverhinderung gestellt. Nutznießerin der Zahlungen ist nicht die Bevölkerung, sondern Polizei, Küstenwache, Armee und Verwaltungseinrichtungen.

NIGER

Mehr Geld aus der EU, vor allem aus Deutschland und Frankreich, soll in das inzwischen wichtigste Transitland für subsaharische Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen fließen. Als Gegenleistung soll das Land seine Nordgrenzen streng kontrollieren. In von der EU finanzierten und von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betriebenen „Willkommenszentren werden Flüchtlinge mit Erlebnisberichten von Gescheiterten über Gefahren der Mittelmeerüberquerung und die schlechten Lebensbedingungen in Europa von der Weiterreise abgeschreckt. Das IOM-Zentrum in der Wüstenstadt Agadez soll ausgebaut und Teil eines „multifunktionalen Zentrums“ werden, das die Selektion der Migrantinnen und Migranten in die Wüste verlagert.

ERITREA UND SUDAN

Auch mit den Regierungen am Horn von Afrika, die sich systematischer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben und häufig selbst der Grund sind, warum Menschen fliehen, wird über den Aufbau eines effektiven Migrations- und Grenzmanagements verhandelt. Unter Federführung der staatlichen deutschen Entwicklungshilfeorganisation GIZ setzt die EU das Programm „Better Migration Management“ um. Das Ziel: Sudan und Eritrea sollen Grenzpatrouillen ausbilden und Aufnahmelager errichten. Zudem wird Überwachungstechnologie geliefert, um eine biometrische Datenbank zur Kontrolle von Flüchtlingen aufzubauen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Regierungen die Technologie zur Unterdrückung ihrer eigenen Bevölkerung einsetzen.



Ver- schollen



Foto: Erika Harzer

Gesichter und Namen von Menschen, die auf ihrer Reise nach Europa verschwunden sind.

Wie in Mexiko macht nun auch in Italien eine internationale Karawane auf die Opfer der Abschottungspolitik aufmerksam

Von Erika Harzer

Die Aula der staatlichen Handelsakademie von Casal del Principe ist vollbesetzt. In der Kleinstadt nördlich von Neapel, die international vor allem wegen ihrer Verbindung zur Mafiaorganisation Camorra bekannt wurde, ist eine außergewöhnliche Veranstaltung angekündigt: die italienische Karawane für die Rechte der Migranten, für Würde und Gerechtigkeit macht Station. „Als ich die Schule betrat, war ich sehr nervös“, erzählt Ana Gricéledes Enamorado. Eigentlich wollte sie den Studierenden von der Suche nach ihrem Sohn erzählen. Doch beim Anblick der jungen Menschen versagt ihr die Stimme. „Ich konnte meine Tränen nicht zurückhalten, weil ich in ihnen das Gesicht meines Oscar Antonios sah, der genauso wie diese jungen Menschen hier Lust auf das Leben hatte, bis er aus dem Leben gedrängt wurde.“

Ana Enamorado kommt aus Honduras, lebt allerdings schon seit vier Jahren in Mexiko City. Irgendwo in Mexiko ist ihr Sohn Oscar Antonio 2009 verschwunden. Er war 18 und wollte in die USA migrieren. Anfangs hatten sie Kontakt, dann herrschte Funkstille. Keine Spuren, kein Abschied. Sie weiß bis heute nicht, was Oscar zugestoßen ist. 2012 nahm sie an der von medico international unterstützten Karawane mittelamerikanischer Mütter auf der Suche nach ihren verschwundenen Söhnen und Töchtern durch Mexiko teil. Auf jeder Station zeigte sie das Foto ihres Sohnes. Doch sie erhielt keinen Hinweis. Ana Enamorado entschied, in Mexi-

ko zu bleiben und sich dort dem Movimiento Migrante Mesoamericano (M3) anzuschließen. „Ich wusste, dass ich nun mein Leben der Suche meines Sohnes und weiterer Verschwundener auf der Migrationsroute widmen würde.“ Der nagende Schmerz habe sie in Italien wieder eingeholt. „Nachdem ich die Aula verlassen hatte, kamen einige der Studierenden zu mir, umarmten mich. Obwohl wir nicht die gleiche Sprache hatten, war die Nähe unglaublich.“

Von Turin bis nach Sizilien

Im April 2016 ist die italienische Variante der Karawane bereits zum zweiten Mal unterwegs – in jenen Wochen, in denen die Europäische Union mithilfe eines Abkommens mit der Türkei die Balkanroute dicht macht und damit die Migranten auf die Routen zwingt, auf denen auch in Europa Migrantinnen und Migranten einem System aus Schattenökonomie und Illegalität ausgeliefert sind. Die Karawane beginnt in der Industriestadt Turin und führt bis hinunter nach Catania auf Sizilien. 17 Tage lang, rund zweieinhalbtausend Kilometer. Organisiert wird die Karawane von Gianfranco Crua und Patricia Peinetti, beide um die 60, und einer Gruppe von rund 20 jungen Menschen aus Turin. Die Idee stammt von den mittelamerikanischen Müttern in Mexiko, die im Winter 2015 bereits zum elften Mal durch Mexiko gereist sind. Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen der dor-

tigen Organisationsgruppe, dem medico-Partner M3, und der Initiative in Italien. Seit zwei Jahren nehmen Delegierte an den jeweiligen Karawanen teil. Delegierte wie Ana Enamorado. Sie vertritt in Italien das Movimiento Migrante Mesoamericano. Die Etappen der Karawane koordiniert die Turiner Initiative mit örtlichen Antirassismus- und Menschenrechtsinitiativen, die an den Stationen Abendveranstaltungen, Schulbesuche, Kundgebungen, Gesprächsrunden und kurze Demonstrationen organisieren. Sie debattieren über die immer gefährlicher werdenden Migrationsrouten, kritisieren die Festung Europa und das Grenzregime der USA. Und sie sprechen über die gemeinsamen politischen Forderungen nach legalen Wegen für die flüchtenden und migrierenden Menschen. „Der Austausch ist uns ebenso wichtig wie Vernetzungen der vorhandenen Strukturen“, erklärt Gianfranco Crua. Die mexikanische Karawane habe sie beeindruckt, erzählt er weiter, weil sie neben der Öffentlichkeitsarbeit auch viele Möglichkeiten bietet, Kontakte zu knüpfen. Die Carovane Migranti von Italien definiert sich bisher als Projekt ohne feste Organisationsstrukturen, ohne Fremdgelder, ohne Fremdbestimmung. Monatelang lud die Turiner Gruppe im Vorfeld zu politischen Abendessen ein. Mit den Erlösen finanzieren sie die Karawane. An den Etappen organisieren lokale Gruppen die Unterkunft.

Neben Ana Enamorado ist auch Guadalupe González Herrera von der mexikanischen Gruppe Las Patronas dabei, einer Selbsthilfegruppe von Frauen, die Migrantinnen und Migranten bei ihrer lebensgefährlichen Reise auf den Zügen Richtung Norden mit Wasser und Essen versorgen. Auch Omar Garcia kommt aus Mexiko. Garcia gehört zu den wenigen Überlebenden des Massakers von Iguala im mexikanischen Bundesstaat Morelos, bei dem vor zwei Jahren 43 Lehramtstudenten aus Ayotzinapa von der Polizei verhaftet wurden und seither verschwunden sind. Aus Tunesien nimmt Imed Soltani

von der Organisation Terre pour tous (Die Erde für Alle) teil. Nach der Revolution 2011 sind viele Tunesier mit den „Todesbooten“ nach Italien geflohen. Ihre Spuren verloren sich vor Lampedusa. Imed Soltani vertritt die Angehörigen von 504 Verschwundenen. Aus Algerien ist Kauceila Zerguine angereist. Der Anwalt arbeitet für die algerische Liga zur Verteidigung der Menschenrechte und für das Angehörigenkollektiv verschwundener Algerier aus Annaba. Aus dieser Küstenstadt im Osten Algeriens sind zwischen 2007 und 2014 Hunderte junger Algerier auf mysteriöse Art und Weise verschwunden.

Orte der Solidarität

Auf ihrem Weg durch Italien sucht diese internationale Gruppe Orte auf, an denen Migranten als Arbeitsklaven gehalten werden, und sie macht Halt an staatlichen Erstaufnahme- und Abschiebezentren, den geplanten Hotspots. Dort und auch auf öffentlichen Plätzen finden Kundgebungen statt und zeigen die Teilnehmer aus Mexiko, Algerien und Tunesien mitgebrachte Fotos von Verschwundenen. Sie berichten von den Suchaktionen, aber auch von den Blockaden und der fehlenden Kooperationsbereitschaft der Behörden. Oft auch von dem Nichtverstehen. Doch gezielt reist die Karawane auch in Gemeinden, die beweisen, dass es anders geht. Orte wie Casal del Principe oder Vittoria auf Sizilien, eine Stadt mit über 60.000 Einwohnern, wo die Kirchengemeinde von Pfarrer Beniamino Sacco die Gruppe empfängt. Die Kirchengemeinde kaufte außerhalb der Stadt ein ehemaliges Erholungszentrum und richtete darin Unterkünfte für Geflüchtete ein. Eine Arbeit, mit der man sich nicht nur Freunde macht, erzählt Sacco. Auch Riace in Kalabrien nimmt, gefördert aus Mitteln der EU und des italienischen Innenministeriums, die Chance wahr, durch eine humanitäre Unterbringung und eine gelebte Willkommenskultur, neues Leben

in ihre Dörfer zu bringen und Geflüchteten einen Zufluchtsort zu bieten – nicht in Massenunterkünften, sondern in den leerstehenden Häusern der abgewanderten Menschen.

Für Solidarität steht auch die Gemeinde Sutera, südöstlich von Palermo. Hier wird die Karawane mit einem Konzert im Museumshof begrüßt. Am Abend organisiert das örtliche Komitee eine Veranstaltung mit interkulturellem Abendessen. Im Gemeindesaal erzählen die internationalen Gäste von ihrer Suche nach Verschwundenen. Danach berichten in Sutera lebende Geflüchtete aus dem Niger und der Elfenbeinküste von ihrer Aufnahme im Ort und ihrer Freude, nun wieder in die Zukunft schauen zu können. Omar Garcia aus Mexiko und Imed Soltani aus Tunesien freuen sich mit ihnen. Doch sie erinnern auch daran, dass andere kein Glück gehabt haben; jene, die im Mittelmeer ertrunken sind, die Folterzentren in Libyen nicht überlebt haben oder deren Familien kein Lösegeld an die Entführer der IS-Milizen zahlen konnten. Imed redet schnell, er will auf keinen Fall unterbrochen werden. Die Verschwundenen sollen nicht in Vergessenheit geraten. Auch Omar Garcia, der Überlebende des Massakers von Ayotzinapa, erzählt davon, dass er nicht aufhören könne, an die anderen zu denken. Das Überleben als Verpflichtung, sich für legale Wege einzusetzen. Doch dies, und darin sind sich alle einig, sei die Aufgabe aller Menschen, die innerhalb der Festung Europa leben.

Eine der letzten Stationen der Karawane ist das C.I.E., das Erstaufnahme- und Abschiebezentrum von Pian del Lago in Caltanissetta auf Sizilien. Schnell hängen die Teilnehmenden Transparente und Fotos an den Zaun der Anlage. Imed schnappt sich das Megaphon und erzählt den Migranten vor dem Zaun von den Tunesiern, nach deren Spuren er sucht. Ana Enamorado fragt die Wartenden, warum sie hier stehen. Ein junger Mann aus Bangladesch wartet auf sein

Erstaufnahmegespräch, eine Gruppe pakistanscher Männer auf Verlängerungstermine. Plötzlich verbinden sich die Geschichten aus Algerien, aus Honduras und Tunesien mit denen der hier Gestrandeten, überlappen sich die Fotos der Verschwundenen aus Mittelamerika und Nordafrika mit den in Europa Angekommenen. Die globalen Grenzregimes produzieren ähnliche Schicksale und Geschichten. Unzählige Spuren verlieren sich im Nichts. Die Angehörigen warten. Hilflos. Leidend. Ohne Informationen. Ohne institutionelle Hilfe.

„Ohne die Karawane wüsste ich wenig über die Situation in Europa. Ich habe mich auf Mittelamerika und Mexiko konzentriert und sehe hier, dass ein globales Problem existiert“, erzählt Ana Enamorado kurz vor dem Ende der Reise. „Vor allem die Gleichgültigkeit der offiziellen Stellen gegenüber uns Suchenden ist überall gleich.“ Früher sei sie eine schweigende und vor sich hin trauernde Mutter gewesen. In der M3-Bewegung hat sie sich zu einer Kämpferin entwickelt. „Wir müssen uns mit unseren Forderungen zusammenschließen, in Mittelamerika, in Mexiko, in Italien, Tunesien, Algerien. Nur so werden wir mit unserer Suche ernst genommen. Denn wir haben ein Recht auf Wahrheit.“

Am 5. November 2016 wird um 18.05 Uhr im Deutschlandradio Kultur ein Feature mit dem Titel „Geschichten vom Verschwinden“ von Erika Harzer ausgestrahlt.

medico international fördert das Movimiento Migrante Mesoamericano seit 2011. Seit Jahren organisiert die Gruppe eine Karawane der Angehörigen verschwundener Migranten in Mexiko. Zurzeit arbeitet M3 am Aufbau einer Datenbank der Vermissten.

Spendenstichwort: Mexiko

Nach Idomeni

Griechenland. EU-Politik drängt Flüchtlinge in die Unsichtbarkeit von Lagern und sabotiert ihre Selbstorganisation

Von Ramona Lenz

„Das Lager ist der Raum, der sich öffnet, wenn der Ausnahmezustand zur Regel zu werden beginnt. Im Lager erhält der Ausnahmezustand eine dauerhafte räumliche Einrichtung, die als solche jedoch ständig außerhalb der normalen Ordnung bleibt.“ Giorgio Agamben

Dieses Lager gebe den Menschen aus Idomeni „ihre volle Würde zurück“, erklärt der UNHCR-Mitarbeiter Nagendra Adhikari in einem Werbespot für das neu errichtete Lager bei Lagkadikia, einem kleinen Dorf rund fünfzig Kilometer östlich von Thessaloniki. Mit solchen Botschaften sollten die Flüchtlinge aus dem selbstorganisierten Lager bei Idomeni an der Grenze zu Mazedonien weggelockt und in die offiziellen Lager in Nordgriechenland umgesiedelt werden. Manche sind dem gefolgt. Die meisten aber, rund 5.000 Menschen, haben das inzwischen komplett geräumte Camp in Idomeni auf inoffiziellen Wegen verlassen. Aus guten Gründen.

Die Realität in den offiziellen Flüchtlingslagern in Nordgriechenland entspricht nicht ansatzweise den Erwartungen und Hoffnungen, die bei den Menschen in Idomeni geweckt wurden. Die meisten werden vom Militär betrieben und sind in leerstehenden Lagerhallen in unwirtschaftlichen Industriegebieten außerhalb der Stadt

untergebracht. Vielerorts werden nicht einmal Mindeststandards eingehalten. Es fehlt an allem, von Wasser, gesundem Essen und medizinischer Versorgung über sanitäre Anlagen, Schutzräume für Kinder und andere besonders Bedürftige bis zu Informationen und Internetzugang. Wegen Überfüllung sind viele Flüchtlinge bereits auf die Freiflächen um die Lagerhallen herum ausgewichen, wo ihre Zelte der prallen Sonne ausgeliefert sind. Hitze, Staub und Gestank sind unerträglich.

Das Flüchtlingslager Lagkadikia wurde Ende April 2016 eröffnet, um „vorübergehend“ Flüchtlinge aus Idomeni aufzunehmen. Vor allem Familien mit Kindern sind hier untergekommen, rund tausend Menschen. In Lagkadikia gibt es zwar genügend Wasser, Essen und eine gewisse Gesundheitsversorgung. Vor allem aber gibt es auch hier viel Verzweiflung und Enttäuschung. „Niemand spricht mit uns“, sagen die Flüchtlinge. „Niemand sagt uns, wie es mit uns weitergehen wird. Das ist doch kein Leben.“

Eine irakisch-kurdische Familie mit einem sechs Monate alten Säugling erzählt, dass sie seit Monaten versucht, eine Familienzusammenführung zu erreichen. Der Familienvater war Ende 2015 nach Deutschland gekommen. Seine Frau wollte ihm folgen, steckt aber seit

Foto: medico



In Idomeni waren sie wenigstens noch sichtbar. In Lagern in alten Industriehallen im Niemandland verschwinden die Geflüchteten aus der öffentlichen Wahrnehmung.

Februar in Griechenland fest. Seither versucht sie wie so viele andere vergeblich, den Antrag auf Zusammenführung zu stellen. Hierbei sind sie darauf verwiesen, über Skype einen Termin bei den griechischen Behörden zu vereinbaren, um sich registrieren zu lassen. Erst dann kann Asyl, Familienzusammenführung oder Verlegung in ein anderes europäisches Land beantragt werden. Das Skype-System ist jedoch heillos überlastet, ein Durchkommen kaum möglich – und unmöglich, wenn es keinen Internetzugang gibt. Weil sie nicht nach Deutschland kommen konnte, ist nun ihr Mann nach Griechenland zurückgekehrt: „Ich kann meine Frau und das Baby hier nicht alleine lassen. Das ist zu gefährlich.“

Aufbewahrt und hingehalten

Entgegen allen Versprechungen eröffnen die offiziellen Lager den Menschen keine Perspektive. Sie werden hier lediglich aufbewahrt und hingehalten. Dermaßen um ihre Hoffnungen betrogen, erwarten sie nichts mehr vom UNHCR und von der Europäischen Union. Müde und zermürbt sagen viele, dass es ihnen in Idomeni trotz der elenden Zustände besser gegangen sei. Dort hat es noch die Aufmerksamkeit der internationalen Medienöffentlichkeit gegeben, und zahlreiche Freiwillige sowie Nichtregierungsorganisationen haben sie unterstützt. Vor allem aber hatten sie den Grenzzaun vor Augen und damit die Aussicht auf eine Öffnung.

so unwahrscheinlich sie auch war. Mit der Umsiedlung in Lager fern der Grenze sind viele letzte Hoffnungen gestorben. Manche überlegen sogar, zurück nach Syrien zu gehen.

Hussam Jackl denkt nicht mehr darüber nach, wie es für ihn weitergeht, wann er endlich Asyl beantragen kann. Er will nicht länger untätig sein. In Damaskus arbeitete er für die medico-Partnerorganisation Jafra Foundation, die sich um palästinensische Flüchtlinge in Syrien kümmert. Auch im Libanon hat er mit und für Flüchtlinge gearbeitet, bevor er sich entschied, weiter nach Griechenland zu fliehen. In Idomeni konnte er angesichts der elenden Situation nicht untätig bleiben und nahm gemeinsam mit ebenfalls geflohenen syrischen Kolleginnen und Kollegen von der Jafra Foundation erneut die psychosoziale Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auf. Als die Räumung von Idomeni bevorstand, entschied die Gruppe, mit den Familien nach Lagkadikia zu gehen. Sie wussten, dass dort niemand mit den Kindern spielen, sie unterrichten oder ihnen Abwechslung bieten würde. Für Hussam war klar: „Wir können nicht einfach in unseren Zelten sitzen und abwarten.“ Also haben sie gemeinsam mit anderen jungen Leuten eine Baracke auf dem Lagergelände bei Lagkadikia renoviert. Entstanden ist ein Treffpunkt, in dem Kinder und Jugendlichen zusammen spielen, basteln und lernen. Auch eine Frauengruppe trifft sich in dem angenehm kühlen Raum.

Hussam und seine Kollegen und Kolleginnen haben mit allen im Lager gesprochen und gefragt, was benötigt wird. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen sie, das zu organisieren. Auch um die Müllentsorgung kümmern sie sich inzwischen. Sie wollen zeigen, dass Flüchtlinge mehr leisten können als ihnen zugetraut wird – und sie wollen selber aktiv sein. Würde als Folge von Selbstbestimmung und Selbstorganisation. „Meine größte Sorge ist, dass dem-

nächst Nichtregierungsorganisationen hier auftauchen und uns die Arbeit abnehmen“, erklärt er zum Abschluss unseres Gesprächs. Seine Sorge ist nicht unberechtigt. Es ist bereits eine finanzstarke internationale NGO angekündigt.

Hotel City Plaza

Vollkommen auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation basiert das von einer Athener Aktionsgruppe im April 2016 besetzte City Plaza Hotel im Zentrum der griechischen Hauptstadt. Das Hotel war ein Symbol der griechischen Krise. Jahrelang war es geschlossen. Heute ist das City Plaza wieder geöffnet und voll belegt. Die neuen Gäste kommen von überall her: aus Syrien, dem Irak, Pakistan, Iran und Afghanistan. Es sind insgesamt 400, fast die Hälfte Kinder. Gemeinsam mit vielen solidarischen Menschen managen die Gäste den Hotelbetrieb. Staatliche Unterstützung gibt es keine. Aber es gibt gutes Essen, saubere Flu-



Jafra-Aktivist Hussam Jackl musste aus Syrien fliehen. Jetzt hilft er in Griechenland.



Freiwillige von medico-Partner Jafra Foundation unterrichten Kinder im Lager Lagkadikia.

re, eine Apotheke, einen Friseur, Sprachkurse, eine Bibliothek und Rechtsberatung. Alle Entscheidungen werden gemeinsam von und mit allen getroffen. Das Hotel City Plaza ist ein Ort der Gleichberechtigung und Solidarität, das gelebte Gegenteil zur Festung Europa mit seinen Lagerlösungen. Ein Symbol der Hoffnung.

Neue Hoffnung hat auch der sogenannte Vorregistrierungsprozess geweckt, der Anfang Juni endlich angelaufen ist. Teams des „Asylservice“, bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EU-Agentur EASO, des UNHCR und von NGOs, besuchen die offiziellen Lager in Nordgriechenland oder bringen die Flüchtlinge zu sogenannten Hubs und nehmen eine Vorregistrierung vor. Diese ist Voraussetzung dafür, Asyl, Familienzusammenführung oder Relocation in ein anderes europäisches Land beantragen zu können. Angesichts der großen Zahl der Flüchtlinge wird das allerdings dauern. Wieder werden die Menschen aufs Warten verwiesen. In einem offiziellen Informationsblatt heißt es auf Englisch und Arabisch: „Es ist sehr wichtig, dass Sie nicht von einem zu

einem anderen Ort umziehen, bevor der Vorregistrierungsprozess abgeschlossen ist. Wenn Sie eigenständig umziehen, muss der Asylservice die Vorregistrierung womöglich stoppen.“

Im Zuge der Vorregistrierung werden Armbänder mit einer Nummer an die Flüchtlinge verteilt, auf denen Datum und Uhrzeit der Registrierung vermerkt sind. „Immerhin haben sie uns nicht die Ohren durchbohrt, um uns zu markieren, wie bei Tieren“, sagte einer. Für die Menschen bedeutet das Verfahren, dass sie sich in den nächsten Wochen oder Monaten nicht aus dem Lager fortbewegen können. Flüchtlinge, die in informellen Camps leben, werden erst nach einem Umzug in ein offizielles Lager vorregistriert. Und diejenigen, die in Apartments oder Hotels untergekommen sind, kommen als letztes an die Reihe. So wird von verschiedenen Seiten die Selbstorganisation und Selbstbestimmung von Flüchtlingen sabotiert. Dabei weiß niemand, wie viele Menschen in Griechenland und anderswo in- und außerhalb Europas dauerhaft in Lagern untergebracht sein werden. Weltweit liegt die durchschnittliche Verweildauer in einem Flüchtlingslager bei 17 Jahren.

Im Rahmen des Moving-Europe-Projektes fahren von medico geförderte Teams die neuen Lager in Griechenland ab und beobachten die Menschenrechtslage entlang der Balkanroute. Seit Juni 2016 unterstützt medico auch die Flüchtlinge im selbstorganisierten Hotel City Plaza in Athen. Das Motto: „Solidarity will win“.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Projekte Projektionen



Foto: medico

Goldabbau gestoppt

Guatemala: Widerstand setzt sich durch

Erst vor vier Monaten war der medico-Partner ECAP in Guatemala an einem historischen Erfolg beteiligt: die Verurteilung von Ex-Militärs wegen sexueller Gewalt an Bewohnerinnen des Dorfes Sepur Zarco während des Bürgerkrieges (siehe rundscreiben 1/16). Die Organisation leistet seit 20 Jahren psychosoziale Betreuung von Opfern, Angehörigen und Zeugen von Menschenrechtsverletzungen. Jetzt gibt es die nächste Erfolgsmeldung: 2012 begannen die Bewohner der Gemeinden San Pedro Ayampuc und San José del Golfo in der Nähe von Guatemala-Stadt ihren Protest gegen den Goldabbau in unmittelbarer Nachbarschaft. Selbstorganisiert hielten sie ihren Widerstand mit einem

Camp an der Minenzufahrt über Jahre hinweg aufrecht. Die überwiegend bäuerliche Bevölkerung fürchtet, dass der Abbau mit seinem enormen Wasserverbrauch in einer extrem trockenen Gegend ihre Lebensgrundlagen zerstört. ECAP begleitete den Widerstand ab 2014, seit der Staat die Blockade räumen ließ. ECAP half beim Umgang mit den Gewalterfahrungen, aber auch mit Spaltungsversuchen und bei der Bewahrung des Zusammenhalts. Tatsächlich wurden die Proteste weitergeführt. Im Mai 2016 trat nun eine Gerichtsentscheidung in Kraft, die die Abbaulizenz des US-Unternehmens Ex-minigua nicht zuletzt wegen Umweltschutzfragen annulliert. Zum ersten Mal hat sich damit in Guatemala der Protest gegen ein Bergbauprojekt durchgesetzt.

Spendenstichwort: Guatemala

Vom Anspruch zum Recht

Philippinen: Kampf für einen gerechten Wiederaufbau

Die Natur war schnell. Ende 2013 hat der Wirbelsturm Haiyan nur wenige Stunden benötigt, um die Inseln Leyte und Samar zu verheeren. Der Wiederaufbau hingegen ist zäh und langwierig – zumindest überall dort, wo es um die Situation der Ärmsten der Armen geht. In Tacloban, Leyte, etwa leben viele der seinerzeit obdachlos Gewordenen noch immer in Baracken und notdürftig errichteten Gebäuden, ohne Strom- und Wasseranschluss und vor allem ohne Aussicht auf baldige Besserung. Anders ist die Situation in acht Dörfern auf der Insel Samar. Schon bald nach dem Taifun startete der medico-Partner, das Netzwerk SOS, hier Projekte auf lokaler Ebene. Die Gemeinden und ihre Bauern- und Fischerorganisatio-

nen wurden beim Wiederaufbau, aber auch bei der Verbesserung ihrer Subsistenzwirtschaft und der Einrichtung lokaler Gesundheitskomitees unterstützt. Immer deutlicher zeigt sich, wie wichtig auch die Trainings in sozialer Anwaltschaft und Kampagnenarbeit gewesen sind. So stehen den Dörfern zwar staatliche Gelder für den Wiederaufbau zu. Der Anspruch allein hilft jedoch nicht. So hat es über zwei Jahre gedauert, bis die Regierung die Gelder überhaupt freigegeben hat. Jetzt obliegt es den lokalen Behörden, die Auszahlungen zu veranlassen. Weil auch das nicht oder nur mit Abstrichen geschieht, haben die Gemeinden – im Wissen um ihre Rechte – Druck gemacht. Vertreter wurden beim Bezirksvorsteher vorgestellt. Kurze Zeit später wurden erste Gelder ausgezahlt.

Spendenstichwort: Philippinen

Spannungen abbauen

Irak/Kurdistan: Das Kultur- und Dialogzentrum in Kifri wächst

In der Entwicklung des ehemaligen Postgebäudes in Kifri spiegeln sich die Verwerfungen der gesamten Region. 1988 war die Kleinstadt im Südosten des Irak Schauplatz der berühmten Anfal-Operationen des Baath-Regimes gegen die kurdische Bevölkerung. Seit zwei Jahren fliehen nun vorwiegend arabische Sunniten vor dem Islamischen Staat, den Luftangriffen der internationalen Allianz und längst auch Racheakten der schiitischen Milizen zu Hunderttausenden aus dem Zentralirak in die kurdisch verwalteten Gebiete. Kifri und die einstige Post wurden zum Ort der Zuflucht. Durch den Konflikt zwischen der Zentralregierung in Bagdad und dem kurdischen Nordirak hat sich die wirt-

schaftliche Lage vor Ort stetig verschlechtert. Eine der Folgen: Zwischen den Gastgebergemeinden und den Geflüchteten wachsen die Spannungen. Um dem entgegenzuwirken, hat eine Gruppe von Kunststudierenden das Gebäude mit Unterstützung von medico und dem Verein Haukari in ein Jugend- und Kulturzentrum verwandelt – samt Bibliothek, Cafeteria und kleinem Museum. Regelmäßig finden Aufführungen und Lesungen statt, gibt es Gesundheitsworkshops und Fortbildungskurse. Zudem dient das Zentrum als Verteilstelle für Nothilfgüter. Das wachsende Angebot richtet sich dabei an die lokale Bevölkerung und Geflüchtete gleichermaßen. Inmitten eskalierender Konflikte ist das Postgebäude zu einem Raum des Miteinanders geworden.

Spendenstichwort: Kurdistan

Am Ende



Foto: medico

Nur noch ein Souvenir? Das Konterfei von Dilma Rousseff bei einer Protestveranstaltung gegen ihre Amtsenthebung.

Brasilien. Nach dem Machtwechsel drohen ein verschärfter neoliberaler Kurs und der Abbau sozialer Rechte

Von Moritz Krawinkel

Eine Woche war Ricardo Barros Gesundheitsminister Brasiliens, da sorgte er für einen ersten Aufreger: Der Staat könne das in der Verfassung verankerte Recht auf Gesundheit nicht mehr garantieren. Es sei zu wenig Geld da, die öffentliche Gesundheitsversorgung müsse reduziert werden. Barros schlug eine weitere Stärkung privater Krankenversicherungen vor und die Neuverhandlung der Verpflichtungen des Staates, die die Verfassung bislang garantiert. Barros Vorbild: die Rentenkürzungen in Griechenland. Mitte Mai 2016 hatte die Mehrheit des brasilianischen Senats für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (PT) gestimmt. Vorgeworfen wird ihr, Haushaltszahlen geschönt zu haben. Mit ihrer vorläufigen Suspendierung endet die Regierungszeit der Arbeiterpartei, die 2002 mit der Wahl des Gewerkschafters Lula da Silva begonnen hatte.

Es war einer der größten Erfolge der brasilianischen Demokratiebewegung, dass 1988 eine steuerfinanzierte öffentliche Gesundheitsversorgung mit freiem Zugang für die gesamte Bevölkerung in die Verfassung aufgenommen wurde. Zwei Jahr später wurde das Sistema Único de Saude (SUS), das einheitliche Gesundheitssystem, eingeführt. Bis dato war gut die Hälfte der 200 Millionen Brasilianer von der damals beitragsfinanzierten Gesundheitsversorgung ausgeschlossen. Heute deckt das SUS bis zu 95 Prozent der Herzoperationen und Organtransplantationen ab. Doch trotz aller Fortschritte:

Wirklich realisiert wurde der Zugang zu Gesundheit für alle nie. Von Anfang an hatte das SUS mit der parallelen Subventionierung eines privaten Gesundheitssystems zu kämpfen, das einflussreiche Fürsprecher hatte. Brasilien ist nach den USA der zweitgrößte Markt der Welt für private Krankenversicherungen.

Endemische Korruption

Einen Tag nach seinen Kürzungsvorschlägen ruderte Barros zurück. Das SUS müsse nicht revidiert werden. Die Gegner der Interimsregierung unter Michel Temer beruhigt das nicht. Niemand glaubt, dass Kürzungen im Gesundheitsbereich vom Tisch sind. Und sie wären nur ein Teil des Kahlschlags, den die Regierung angekündigt hat: Privatisierungen, Entlassungen, eine Rentenreform, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, Einsparungen beim staatlichen Wohnungsbauprogramm, die Streichung von Subventionen für die Ärmsten der Bevölkerung. Aber der angekündigte Sozialabbau hat nicht nur eine materielle Seite. Die ganze Idee von sozialer Gerechtigkeit steht auf dem Spiel, alles wofür Lula und Dilma gewählt worden waren. Das Interimskabinett ist komplett männlich und weiß – zum ersten Mal seit 1970. Eine konservative Revolution. „Unsere schlimmsten Befürchtungen wurden weit übertroffen“, sagt Isabela Soares Santos von medico-Partner CEBES in Rio de Janeiro, der das Recht auf Gesundheit als Verfassungsziel mit erkämpft hat. Zwar hätten Verfas-

sungsanspruch und Wirklichkeit immer schon stark auseinandergelockt – so dreist aber sei die Verfassung noch nie infrage gestellt worden.

Die Kontroverse um Barros' Äußerungen war nicht der erste Skandal der Interimsregierung unter Michel Temer. Die Ankündigung, das komplette Kulturministerium schließen zu wollen, wurde nach Protesten zurückgenommen. Und schon jetzt mussten drei Minister wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten. Die Korruption ist endemisch: Mehr als die Hälfte der 513 brasilianischen Parlamentsabgeordneten ist oder war wegen Geldwäsche, Bestechung, Betrug oder schwereren Verbrechen angeklagt. Nach der Amtsenthebung von Parlamentspräsident Eduardo Cunha wegen Korruption und Schweizer Schwarzgeldkonten rückt Michel Temer selbst in den Fokus der Staatsanwaltschaft. Dank abgehörter Gespräche zwischen Politikern der Interimsregierung ist inzwischen klar, dass das Absetzungsverfahren gegen Präsidentin Dilma Rousseff von langer Hand geplant war. Der Vorwurf, sie habe den Staatshaushalt manipuliert, stellt sich als Vorwand heraus, um nach der Machtübernahme das politische Projekt von Rousseffs PT wie auch die Korruptionsermittlungen gegen die wirtschaftliche und politische Elite zu beenden.

Hass auf den Aufstieg der Armen

Warum aber haben Hunderttausende über Wochen gegen Rousseff protestiert, wenn die ihr vorgeworfenen Verfehlungen sich im Vergleich zu denen ihrer Widersacher recht bescheiden ausnehmen? Ein Grund: Hass auf den Aufstieg der Armen, den die Arbeiterpartei in vierzehn Regierungsjahren ermöglicht hat. 30 Millionen Menschen konnten mit Sozialprogrammen aus der schlimmsten Armut geholt werden, die PT förderte den Zugang für Schwarze und Indigene zu den Universitäten. „Plötzlich waren die Kin-

der der Putzfrau auf der gleichen Schule wie die Kinder der weißen Mittelschicht“, sagt Graciela Rodriguez, Direktorin des Equit-Instituts für Geschlechter- und Wirtschaftsforschung in São Paulo. „Das hat das tradierte Klassensystem Brasiliens infrage gestellt.“

Mit der Bolsa Familia, einer Sozialhilfe für die Ärmsten, konnte die Arbeiterpartei Armut und Hunger im Land stark reduzieren. An den strukturellen Gründen für die Ungleichheit in Brasilien hat die Umverteilung gleichwohl nichts geändert, die Machtverhältnisse sind intakt geblieben. Mehr noch: Die Empfängerinnen und Empfänger der Bolsa Familia bleiben abhängig von staatlichen Zahlungen. Der erste PT-Präsident, Luis Inácio Lula da Silva, war als Repräsentant der Armen gewählt worden, aber eine neue politische Kultur oder Politisierung der Gesellschaft hat er nicht vorangetrieben. „Die Arbeiterpartei hat Konsumenten geschaffen, keine Bürger“, kritisiert Isis Campos von der Landlosenbewegung MST, die seit den 1980er Jahren für eine Landreform kämpft. Auch diese hat unter der PT keine Fortschritte gemacht. Die öffentlichen Subventionen für die privaten Krankenversicherungen und die großen Medienmonopole wurden nicht abgeschafft, sondern erhöht. „Anstatt die Erfahrungen und die Kreativität der sozialen Bewegungen zu nutzen, die sie an die Macht gebracht hatten, diffamierten die PT-Regierungen jede Kritik von links“, sagt Graciela.

Die Ignoranz der Arbeiterpartei wird besonders am wirtschaftlichen Entwicklungsmodell deutlich, das die PT gegen den Widerstand vor allem indigener Bewegungen durchgesetzt hat: Stärker als je zuvor wird auf Großprojekte wie Staudämme, Häfen und Flughäfen, extensiven Sojaanbau und den Raubbau von Rohstoffen gesetzt. Die gesundheitlichen Folgen dieser Politik sind für die betroffene Bevölkerung verheerend. In Piquiá de Baixo im nördlichen Bundesstaat Maranhão etwa siedelte die Regierung an der

1.000 Kilometer langen Bahnlinie zwischen der Eisenerzmine Carajás und dem Exporthafen São Luis Stahlindustrie an. Eingeschlossen von Schlackegrube, Stahlwerk, Zementfabrik und Zugstrecke kämpften die Anwohnerinnen und Anwohner der kleinen Siedlung zusammen mit dem medico-Partner Justiça nos Trilhos („Gerechtigkeit entlang der Gleise“) über Jahre gegen den gesundheitsgefährdenden Staub und für ihre Umsiedlung. Arbeit in den Anlagen gab es für sie ohnehin nicht. Und wenn man krank wird? Der öffentliche Gesundheitsposten im Ort ist nur an einem Nachmittag pro Woche geöffnet. Wer keinen der 25 Behandlungszettel ergattert, muss in die nächste Stadt, nach Açailândia, fahren – eine Reise, die viele fast die Hälfte ihres monatlichen Einkommens kostet. Kurz vor ihrer Absetzung unterzeichnete Präsidentin Rousseff schließlich ein Dekret, das den Umzug bestätigt. Der Jubel war groß. Aber die aktuellen Kürzungen beim staatlichen Wohnungsbauprogramm gefährden die errungene Gerechtigkeit bereits wieder.

Teil des Problems

Auch die Kürzungen haben mit dem eingeschlagenen Entwicklungsmodell zu tun. So verdankt sich die Förderung des Extraktivismus vor allem dem wirtschaftlichen Boom Anfang der 2000er Jahre. Die Überschüsse aus dem Export von Soja und Eisenerz nach China, Europa und in die USA waren so verlockend, dass die Kapazitäten erhöht wurden. Es bestand aus Sicht der Regierung keinerlei Druck, etwas an der Abhängigkeit vom Weltmarkt zu ändern – ähnlich wie die Regierungen in Venezuela und Bolivien keine Veranlassung sahen, ihre Einnahmequellen zu diversifizieren. Als dann infolge der Weltwirtschaftskrise und zuletzt der Krise in China die Nachfrage nach brasilianischen Rohstoffen einbrach, waren plötzlich weniger Überschüsse zu verteilen. In der Folge schwenkte auch Dilma

Rousseff auf einen neoliberalen Kurs ein und kürzte Sozialausgaben. „Die PT war historisch ein Verbündeter der sozialen Bewegungen“, sagt Isis von der Landlosenbewegung. Ob man sie heute noch verteidigen kann? „Unmöglich. Die PT wurde zwar als progressive Kraft gewählt, aber eine progressive Politik hat sie nie gemacht.“ Die Arbeiterpartei habe sich vielmehr das politische System zu eigen gemacht und sei Teil des Problems geworden. Aber hatte die Partei eine Alternative? Im brasilianischen Parlament sitzen 30 Parteien, Regierungen werden aus bis zu elf Parteien gegründet, die zum Großteil kein politisches Programm haben, sondern nur die Interessen ihrer Klientel vertreten und sich alles weitere teuer bezahlen lassen – wortwörtlich. Die Arbeiterpartei hat nie die Mehrheit im Parlament gestellt und entsprechend nie mit ihrem Programm regieren können. Stattdessen hat sie sich die Unterstützung ihrer Regierung in breiten Koalitionen durch die Bestechung von Abgeordneten erkaufte, wie im sogenannten Mensalão-Skandal 2005 bekannt wurde. Geändert hat sich seitdem nichts.

„Das politische System Brasiliens ist am Ende“, sagt Paulo Henrique von CEBES. Reformierbar wäre es. Aber während die neue Regierung die Profiteure des Ist-Zustands vertritt und auf die Rücknahme der sozialen Fortschritte zielt, fehlt der Arbeiterpartei die Fähigkeit zur Selbstkritik. Nur Druck von unten könnte notwendige politische Reformen durchsetzen.

Die medico-Partner in Brasilien kämpfen seit Jahrzehnten für das Recht aller auf Gesundheit. Dazu gehört die Verteidigung des öffentlichen Gesundheitssystems, der Einsatz für eine Landreform und gegen ein auf Raubbau basierendes Entwicklungsmodell.

Spendenstichwort: Brasilien

Die zweite Republik

„Nichtliberale Demokratie“: Eine Reise durch die politische Landschaft Israels

Von Katja Maurer

Die Sderot Yerushalaim im Süden von Tel Aviv ist zu laut, um als Flaniermeile zu gelten. Zweispurig reihen sich morgens Autos und Busse Stoßstange an Stoßstange. Die Straße trennt Tel Aviv von Jaffa, der einstmals ältesten Hafenstadt der Levante, die um 1945 100.000 Einwohner hatte. Deren Nachkommen leben heute zum großen Teil im Gaza-Streifen.

Auf dem Boulevard mit hohen, schattenspendenden Bäumen und Plätzen mit Springbrunnen reiht sich Geschäft an Geschäft – und was für welche: eine Schneiderei, in deren wenigen dunklen Quadratmetern ein älterer Herr mit Kippa und faltigem Gesicht sitzt und ausbessert; ein Haushaltswarengeschäft, in dessen Auslage neue Töpfe durcheinander purzeln, als seien sie ausrangiert; ein Elektrofachgeschäft, das ebenfalls wenig dafür tut, Kunden anzulocken. Eine Mischung aus arabischem Suq und osteuropäischem Shtetl. Die Sderot Yerushalaim, die an den ärmeren südlichen Teil Tel Avivs grenzt, den sich noch ärmere jüdische Israelis, halblegale eritreische Flüchtlinge und Restaurants zwischen kleinen Werkstätten und Schrotthändlern teilen, ist ein Beleg für den ökonomischen Status Israels im Weltranking: ein aufstrebendes Schwellenland, das seine arme Herkunft nicht ganz verhehlen kann. Bei der aufgeladenen politischen Bedeutung des Landes und des Nahostkonflikts wird diese Tatsache manchmal vergessen.

Am Ende des Lateins

Mossi Raz, der Generalsekretär der linksliberalen Partei Meretz, die wesentlich aus dem alten Friedenslager um Peace Now entstanden ist, beschreibt die ökonomische Position des Landes anschaulich. Die meisten Israelis fühlten sich „ziemlich gut“, weil sie die vergangenen Jahre als ökonomischen Erfolg erlebt hätten. An der etwas heruntergekommenen Meretz-Parteizentrale ist dieser gleichwohl vorbeigegangen. Raz, dessen jüdisch-kurdische Familie aus der Türkei und dem Nordirak stammt, sieht wenig Anlass zu Optimismus. Israel weise unter allen OECD-Ländern zwar mit die größte Kluft zwischen arm und reich auf. Doch das nehme niemand wahr, so Raz. Denn würde man die arabische Bevölkerung herausrechnen, immerhin 20 Prozent der Einwohner, und die streng gläubigen orthodoxen Juden, wäre die Kluft nur noch so groß wie in vielen europäischen Ländern. Der Lebensstandard läge mittlerweile höher als in Südeuropa. „Wir haben eine wohlhabende säkulare Mittelklasse. Außerdem besitzen 70 Prozent der Bevölkerung Wohnungseigentum.“

Raz selbst wirkt müde. Immer wieder hat das israelische linksliberale Milieu versucht, die israelische Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Friedensschlusses mit den Palästinensern zu überzeugen. Sie haben ökonomische Argumen-



In Latrun, auf halber Strecke zwischen Tel Aviv und Jerusalem, liegt „Mini Israel“. Hier sind wichtige Orte und Elemente der Identitätsbildung des jüdische-israelischen Staates in miniature nachgestellt. Vom Rabin Platz in Tel Aviv ...

te bemüht und nachhaltige Sicherheit versprochen. Aber gegen diese unbekannt Zukunft hatte die israelische Rechte immer die Gegenwart auf ihrer Seite – und eine eigene Strategie von Sicherheit, mit Mauerbau und militärischen Aktionen gegen Gaza. Trotzdem will Raz wieder stärker das Thema Sicherheit setzen. Nach dem bislang letzten palästinensischen Attentat, dieses Mal nicht mit Messern, sondern mit Schusswaffen, hat das alte israelische Establishment, das gerade an Positionen verliert, zum ersten Mal wieder von der Notwendigkeit von Verhandlungen gesprochen. Der Abbau von Demokratie als Preis für eine vermeintliche Sicherheit – über diesen Zusammenhang ist in Israel ein politischer Streit im Gange. Deshalb glaubt Raz, dass Sicherheit als gegenseitige Sicherheit wieder ein Thema werden könnte.



... über die mythische Festung Masada am Toten Meer ...



.... bis zu Modernisierungsfantasien nach westlichem Vorbild.

Das palästinensische Wir

Das große Novum in der israelischen Politik ist die gemeinsame arabische Liste, die bei den Parlamentswahlen im März vergangenen Jahres 13 Sitze in der Knesset errungen hat. Ein Erdrutschsieg, bislang waren arabische Parteien je höchstens mit vier Sitzen im Parlament vertreten. Nun sind sie gemeinsam die drittstärkste Kraft. Die Liste aus der nationaldemokratischen Balad, der Islamischen Bewegung und Arabischen Bewegung für Erneuerung Ra'am-Ta'al sowie der linken arabisch-jüdischen Partei Hadash ist nur deshalb zustande gekommen, weil Verteidigungsminister Lieberman eine Drei-Prozent-Klausel zum Einzug ins Parlament durchgesetzt hatte. Diese sollte die arabischen Parteien ausschließen, hätte

aber beinahe seine eigene Partei den Einzug ins Parlament gekostet. Nach einem Jahr gibt es die Liste entgegen aller Prognosen immer noch. Was als Zweckbündnis begonnen hat, gewinnt an politischem Momentum.

Masud Ghnaim von der Islamischen Bewegung sitzt in seinem winzigen Abgeordneten-Büro in der Knesset und lächelt gewinnend. Er könne keinen Kaffee anbieten: Ramadan. Ghnaim nutzt den Besuch aus Deutschland, um seine Botschaften deutlich zu platzieren: „Wir wollen, dass Europa versteht: Wir sind eine palästinensische Minderheit in Israel, die sich als Teil des palästinensischen Volkes versteht.“ Die palästinensische nationale Frage ist die gemeinsame Grundlage der Liste und überlagert alle politischen Differenzen. Das war nicht immer

so und ist Ergebnis der Polarisierung in Israel. „Wir repräsentieren eine Pluralität, die vorbildlich ist für die arabische Welt“, meint Ghnaim. Im „Netanjahu-Jahrhundert“, so der Historiker, dürften Dinge gesagt werden, die vorher undenkbar gewesen seien. So würden Vertreter der gemeinsamen Liste als Staatsverräter bezeichnet, und Gesetze erarbeitet, die ihre politische Existenz bedrohen. Die Gefahr sei „nebulös“. Man wisse nie, ob oder wann ein Gesetz angewendet wird. Seine Islamische Bewegung beschreibt er eher als konservativ denn als religiös. „Wir werden von der israelischen Rechten ebenso angegriffen wie von Salafisten und anderen radikalen Islamisten.“

Klima der Angst

Aida Toumeh kommt aus dem Ständigen Ausschuss für Frauen und Geschlechtergleichheit, dem sie vorsitzt. Die palästinensische Feministin aus Akko eilt durch die engen Flure der Knesset, auf denen man sich kaum aus dem Weg gehen kann. Aida, mit der medico lange zusammengearbeitet hat, warnt vor überzogenen Erwartungen an die Liste. Sie selbst war Gegnerin der Einigung. Aber nun ist sie zum ersten Mal Abgeordnete, nachdem die kommunistische Hadash ihr bei früheren Wahlen nur chancenlose Listenplätze zugestanden hatte. Die „rassistische und faschistische Aggression“ in Israel habe die Zusammenarbeit quasi erzwungen. „Unsere Gesellschaft will angesichts der Polarisierung, dass wir mit einer Stimme sprechen.“ Auch sie verweist auf die eskalierende Rhetorik Netanjahus. Seit der Wahl im März 2015 seien die Reden des Premiers immer schärfer geworden. Er bezichtigte die Palästinenser, hinter der Flagge des Islamischen Staats herzulaufen. „Er hat uns für vogelfrei erklärt“, meint Aida. Die Situation sei brandgefährlich. „Wir verteidigen hier nicht nur die Rechte der palästinensischen Minderheit, sondern auch die Demokratie“, sagt sie.

Was sie meint, wird in den Gesprächen mit den Partnerorganisationen von medico in Israel deutlich. Die Gesundheitsorganisation Physicians for Human Rights – Israel, die Watch-Organisation „Who Profits“, die Veteranenorganisation „Breaking the Silence“ und „Adalah“, eine palästinensische Menschenrechtsorganisation, kennen Angriffe, Verleumdungskampagnen und vielfältige Behinderungen ihrer Arbeit seit Jahren. „Aber jetzt erleben wir eine dramatische Veränderung“, sagt Yehuda Shaul, der Gründer von Breaking the Silence. Yehuda ist ein Bär von Mann, den so leicht nichts umhaut. Aber die Erfahrungen der letzten Monate haben ihn tief erschüttert. Die meisten israelischen Medien haben ihn und Breaking the Silence wie nie zuvor angegriffen. Die Organisation der Militärveteranen wurde als Verräter gebrandmarkt. Undercoveragenten wurden eingeschleust, die über Monate spionierten. Es meldete sich ein Soldat, der im Auftrag Geheimnisverrat beging um so die Schließung von Breaking the Silence zu provozieren. Über die sozialen Medien wurden die Namen aller Mitarbeiter samt Adressen und übelster Beschimpfungen, manche als Feme-Urteil verfasst, veröffentlicht. Außerdem läuft eine Klage, die die Organisation zwingen will, die Namen der Soldaten preiszugeben, die Zeugnis über Menschenrechtsverletzungen der Armee abgelegt haben.

„Wir haben uns zwischendurch die Frage gestellt, ob wir unsere Arbeit einstellen müssen“, sagt Yehuda mit ernstem Gesicht. Am Ende hat Breaking the Silence teure Sicherheitsmaßnahmen ergriffen und das Büro mit Israel-Fähnchen geschmückt. Nicht als Zeichen der Unterwerfung, sondern aus Trotz. „Ich verteidige ein anderes Israel“, erklärt Yehuda Shaul. Die Politik der Rechtsregierung verfolge zwei Ziele: Die Besatzung komplett zu beschweigen und unsichtbar zu machen und Organisationen wie Breaking the Silence, die dabei störten, zu schließen. „Wir befinden uns in einem voll entbrannten Kultur-

krieg zur Errichtung einer nichtliberalen Demokratie.“ Beim Hinausgehen erinnert Yehuda an unser letztes Gespräch vor einem Jahr. „Ich habe dir damals schon gesagt: Ich werde das Ende der Besatzung noch erleben!“ Es ist keine Floskel der Hoffnung, vielmehr die Erkenntnis, dass die Besatzung auf Dauer nicht zu halten ist, denn anders als bei anderen Besiedlungs- und Kolonisierungsprozessen werden die Ureinwohner, die Palästinenser, nicht verschwinden, wenn man sie auch noch so kujoniert.

Schleichender Elitenwechsel

Viele israelische Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner erklären die Veränderungen in Israel mit einem schleichenden Prozess des Elitenwechsels in den vergangenen 20 Jahren. Die Nationalreligiösen, die eigentlich nur sieben Prozent der Bevölkerung stellen, sind zur entscheidenden politischen Kraft im Likud und den kleineren rechten Parteien geworden. Dieses neue Israel bezeichnet der Historiker Ofri Ilany, der gerade seinen Postdoc in Berlin an der Humboldt-Universität abgeschlossen hat, als „zweite Republik“. Ofri Ilany gehört zu einer neuen Generation linker Intellektueller, die mit einem kühlen, nichtzionistischen Blick auf die israelische Wirklichkeit schauen. Ähnlich wie Orbán in Ungarn würde sich die neue Rechte postkolonialer Argumente bedienen und behaupten, dass ihnen die westliche Kultur übergestülpt worden sei. Eine Protagonistin ist Kulturministerin Miri Regev, die Autoren wie Anton Tschechow mit der Bemerkung in die Bedeutungslosigkeit schickt, dass man ihn bei ihr zu Hause auch nicht gelesen habe. Eine klare Kampfansage gegen die kulturelle Hegemonie der aschkenasischen, also aus Europa eingewanderten Juden und deren liberales Demokratieverständnis. Die israelische Öffentlichkeit sei immer extremer geworden, meint Ilany. Er warnt allerdings davor, diese Entwicklung als totalitär zu bezeichnen. Der is-

raelische Rechtspopulismus, so Ilany, bestehe aus einer kruden Mischung aus Antiestablishmentgestus und politischer Ignoranz, die aus Wünschen Wahrheit macht: Danach gab es keine Nakba, also keine Vertreibung aus dem israelischen Kerngebiet, die Besetzung von 1967 ist aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt und die grüne Linie irrelevant.

*

Der letzte Abend bei einer befreundeten Familie am Abendbrottisch. Wir unterhalten uns über die Familiengeschichte, über zwiespältige Erinnerungen an den Kibbuz, vor allem dessen elternfeindliches Erziehungsideal, und unfreundliche Nachbarn. Geschichten von der Flucht aus Polen über Taschkent nach Schweden und schließlich Palästina machen ebenso die Runde wie Erzählungen aus Sulaimaniya, einer kurdischen Stadt im Nordirak, wo die Juden aramäisch sprachen und sich trotzdem als Kurden begriffen. Diese Geschichten sind in jeder jüdisch-israelischen Familie so präsent wie bei den palästinensischen Familien die Erzählungen über ihre verlorenen Dörfer und Städte. Die Melancholie des Verlusts hängt über diesem Territorium. Der zweiten Republik muss eine dritte folgen, in der die Region als eine Heimat mit zwei Staaten beschrieben werden kann.

Die Maßnahmen, mit denen sich unsere israelischen Partnerinnen und Partner vor Diffamierungen, Angriffen und Kriminalisierung zu schützen versuchen, verursachen hohe Kosten: Rechtsbeistand, digitale Sicherheitsmaßnahmen und vieles mehr sind nötig. Dafür brauchen sie unsere finanzielle Unterstützung.

Spendenstichwort: Israel-Palästina



Foto: Holger Priedemuth

Pierre Espérance von medico-Partner RNDDH.

HAITI: FAIRE WAHLEN GESUCHT

Die EU setzt auf die Durchsetzung ihres Wunsch Kandidaten und verliert

Wenn es um positive demokratische Entwicklungen geht, sind gute Nachrichten in der Welt von heute spärlich. Aber vielleicht könnte demnächst eine aus Haiti kommen – ausgerechnet. Seit dem Sturz des gewählten Präsidenten Aristide 1990 unterliegt das Land einer internationalen Kuratel, die im Verbund mit der einheimischen Elite, eine von außen und von oben kontrollierte Demokratie errichtet hat. Wahlen sind hier eigentlich immer nur die Bestätigung des Status quo. Zum Präsident wird gewählt, wer vor allen Dingen über eins verfügt: die Unterstützung durch die maßgeblichen internationalen Akteure, von denen Haiti ökonomisch vollkommen abhängig ist.

So war es auch im Superwahljahr 2015, in dem Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfanden. Die höchst einflussreichen EU-Botschaften sowie die der Organisation Amerikanischer Staaten [OAS] erklärten die Wahlen bis auf einige wenige Unregelmäßigkeiten für fair. Die von medico unterstützte Menschenrechtsorganisation RNDDH hatte bei ihrem Wahlmonitoring das Gegenteil festgestellt. Die Wahlen bestanden aus Gewalt und Betrug. „Manche Kandidaten kandidierten unter zwei Namen für verschiedene Sitze. Es gibt keine einzige Frau im Parlament, weil der Wahlprozess viel zu gewalttätig und korrupt war“, so RNDDH-Chef Pierre Espérance. Danach klapperte er alle EU- und OAS-Botschaften ab, um den Wahlbetrug zu denunzieren. Erfolglos. „Die USA, Kanada, die Europäische Union unterstützen Martelly und seinen Nachfolger rückhaltlos.“ Es blieb beim Urteil „faire Wahlen“.

Das ausführliche Interview mit Pierre Espérance finden Sie unter: www.medico.de/haiti-wahlen

Doch die Kandidaten, die in die zweite Runde hätten gehen können, verweigerten angesichts des Wahlbetrugs und ihrer eigenen Chancenlosigkeit die Beteiligung. Martelly musste sein Amt Jocelerme Privert, dem Senatspräsidenten, übergeben. Der richtete eine Untersuchungskommission ein, die die Wahlen wegen umfangreichen Wahlbetrugs annullierte. Jetzt werden zumindest die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2016 wiederholt.

Spendenstichwort für die Arbeit von RNDDH: Haiti

medico aktiv

Der Grundstein liegt
Stiftung: Das medico-Haus wird
gebaut

Die Grundsteinurkunde enthielt die Hoffnung für ein schadloses Gelingen des Baus, einen Dank an die Stifterinnen und Stifter, vor allem aber den Wunsch, dass „von dem Haus viele inspirierende Ideen und konkrete Hilfen für eine friedliche und solidarische Welt ausstrahlt werden“. Nachdem sie von allen Beteiligten unterschrieben worden war, wurde die Urkunde mitsamt einigen medico-Devotionalien in einen Bauschacht versenkt und – wenn nicht für alle Ewigkeit, dann doch für sehr lange Zeit – eingemauert. Damit war auch der letzte Akt der feierlichen Grundsteinlegung des neuen medico-Hauses am 9. Juni 2016 getan. Schon 2017 soll der sechsstöckige „medico-Würfel“ fertig sein, den die stiftung medico international hier errichtet.



Foto: Holger Priedemuth

Großzügige Zustiftungen in den vergangenen Jahren haben es ermöglicht, einen größeren Teil des Stiftungsvermögens, das nicht verausgabt werden darf, aus dem Kapitalmarkt abzuziehen und in ein eigenes Gebäude zu investieren, das die Unabhängigkeit medicos langfristig sichert. Wie Kuratoriumsmitglied und Architekt DW Dreysse bei einer Ansprache betonte, wurde bei der Planung viel Wert darauf gelegt, dass ein Raum entsteht, der zwar Bürogebäude ist, gleichzeitig aber den Anliegen und Werten von medico entspricht; der gemeinsam genutzt und ein auch öffentlicher Ort des solidarischen Nachdenkens und Handelns wird. Nun wird gebaut.

www.stiftung-medico.de

Zwei gegen KiK

Textilindustrie: Rundreise mit Gästen aus Karatschi

Der Brand in der pakistanischen Fabrik Ali Enterprises war der erste der drei großen Fabrikunfälle, die 2012 und 2013 weltweit für Entsetzen sorgten. Mit Unterstützung von medico, der Anwälte von ECCHR und der Gewerkschaft NTUF haben sich die Überlebenden und Hinterbliebenen in Pakistan selbst organisiert und in Deutschland Zivilklage gegen den Discounter KiK als einen Hauptauftraggeber von Ali Enterprises eingereicht: ein Schritt, vor dem sich die internationale Textilindustrie seit Jahren fürchtet. Auf einer Rundreise im Juni durch mehrere deutsche Städte berichteten Saeeda Khatoon und Abdul Aziz Khan, zwei der Kläger, von ihrem Leid und von ihrem Kampf um Gerechtigkeit. Beide haben ihre Kinder in den Flammen verloren, Saeeda ihren einzigen Sohn. Gebannt

lauschten die Zuhörer ihrem mit leisen Worten auf Urdu vorgetragenem, ins Deutsche übersetzten Bericht, beeindruckt auch von der Klarheit, mit der sie deutlich machte, nicht nur für sich zu sprechen: „Wir wollen, dass sich so etwas nie mehr wiederholt, bei uns nicht und auch sonst nirgendwo!“ Schade nur, dass der KiK-Betriebsrat seine Teilnahme an der Veranstaltung am Firmensitz Bönen im letzten Augenblick absagte. Ob das auf Druck von oben geschah, wird niemand mit Bestimmtheit sagen können. Saeeda, Abdul und die „Affecteds Association“ in Karatschi aber schweigen nicht mehr. Das Urteil des Landgerichts wird im September 2016 erwartet. Die Rundreise von Saeeda Khatoon und Abdul Aziz wurde filmisch dokumentiert.

Die Dokumentation, ebenso wie Auszüge aus dem großen Medienecho finden Sie unter: www.medico.de/kik-klage

Intervention in Genf

Internationale Plattform für Globale Gesundheit gegründet

Von Diabetes über Krebs bis zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO sind 2015 weltweit fast 40 Millionen Menschen an solchen chronischen, nichtübertragbaren Krankheiten gestorben, mehr als jemals zuvor – und drei von vier Toten lebten im globalen Süden. Hierbei spielt die Global Economy eine entscheidende Rolle: Internationale Tabak-, Nahrungs- und Getränkekonzerne drängen mit ihren zucker- und fetthaltigen Lebensmitteln und Zigaretten noch auf die entlegensten Märkte des Globus. Gleichzeitig verdient die Gesundheitsbranche prächtig am Verkauf von Pillen und Diagnosegeräten.

WHO-Generaldirektorin Margaret Chan stellte kürzlich in Genf fest, dass die Bemühungen zum Schutz vor diesen Krankheiten bislang an Big Tobacco, Big Food, Big Soda und Big Alcohol gescheitert wären. Das zeigt, wie wichtig es ist, Gesundheitspolitik durch politischen Druck von unten vor kommerziellen Interessen zu schützen – und das in der internationalen Arena. Im Mai 2016 hat medico gemeinsam mit dem Medicus Mundi International Network und anderen NGOs wie dem People's Health Movement den Geneva Global Health Hub (G2H2) gegründet. Die Plattform bietet zivilgesellschaftlichen Initiativen den Raum für strategische Debatten und Analysen. Sie soll die Stimmen für eine transparente und demokratische Gesundheitspolitik bündeln und verstärken – und das keineswegs zufällig am Sitz der WHO in Genf.



Eine neue Re- forma- tion

Workshop-Phase während des medico-Symposiums.

Stiftungssymposium: Vom Kampf um eine Einwanderungs- und Postwachstumsgesellschaft in Europa

Von Thomas Seibert

„Wollen wir die Welt wirklich verändern, dann müssen wir uns nicht nur dem Angstdiskurs der politischen Rechten, sondern auch dem der Linken entziehen.“ Mit dieser Forderung benannte der österreichische Journalist und Schriftsteller Robert Misik die Herausforderung, auf die das diesjährige Symposium der stiftung medico international am 10. Juni 2016 erste Antworten suchte. Schüre der Angstdiskurs der Rechten absichtsvoll die Gewaltbereitschaft des dumpfen Ressentiments, so Misik, vertiefte der Angstdiskurs der Linken die weit verbreiteten Gefühle der Ohnmacht. Wer sich ohnmächtig fühle, werde sich kaum auf das im Titel des Symposiums aufgerufene Wagnis einlassen, Europa als Handlungsfeld einer möglichen anderen Welt zu verstehen. Handlungsmacht gewinne zurück, wer sich der ersten Tugend kritischen Denkens bediene: die andere Welt nicht im Wegsehen vom schlechten Bestehenden, sondern mitten in der „wirklichen Bewegung“ zu suchen, „welche den jetzigen Zustand aufhebt“.

Die Erinnerung an das berühmte Marx-Zitat verband Misik mit dem Verweis auf die ganz eigene Form und die ganz besonderen Anliegen heutiger „wirklicher Bewegung“. Im 21. Jahrhundert entspreche Weltveränderung weniger denn je der Vorstellung eines turbulenten Umbruchs nach Art der großen modernen Revolutionen. Sie geschehe eher in Prozessen, deren Verlauf an die Zeit der Reformation erinnere, also an den über zwei Jahrhunderte währen-

den Übergang aus der mittelalterlich-feudalen in die aufgeklärt-bürgerliche Epoche. Wichtig seien deshalb nicht nur ausdrücklich politische Neuerungen, sondern die unscheinbaren, weil alltäglichen Veränderungen der individuellen Lebens- und Verhaltensweisen, der zwischenmenschlichen Beziehungen wie der sie tragenden ethisch-moralischen Einstellungen. Als eindrückliches Beispiel aus jüngster Zeit nannte Misik die praktische Solidarität, mit der Hunderttausende über Monate hinweg den Geflüchteten aus aller Welt einen Ort der Ankunft bereitet haben. Andere Beispiele seien die selbstorganisierten Solidarkliniken in Griechenland oder die Nachbarschaftsnetzwerke, die in spanischen Großstädten mittlerweile auch die Kommunalregierung übernommen haben.

Das Unbehagen in der Globalisierung

Dass und wie solche Überlegungen den Puls der Zeit treffen, bewies der große Zuspruch, den die Einladung zum Symposium gefunden hat: Statt der erwarteten hundert Gäste drängten sich im Frankfurter Haus am Dom fast dreihundert, die den Ausführungen der Referentinnen und Referenten immer wieder Beifall zollten. Mit dem Ausblick auf eine weltverändernde Reformation der Einstellungen und der Lebensweisen führte Misik zusammen, was

zuvor schon der medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer, die Politikwissenschaftlerin Sonja Buckel und der Soziologe Dennis Eversberg umrissen hatten. Verband Gebauer die Perspektive einer neuen Reformation mit Grundeinsichten der Psychoanalyse, bezog sich Buckel auf die Folgen des „Sommers der Migration“. Eversberg zeigte, dass ein gutes Leben für alle nicht noch mehr ökonomisches Wachstum, sondern den Ausstieg aus dem grenzenlos flexibilisierten Kapitalismus voraussetzt. „Reformatorisch“ aber wird dieser Ausstieg sein, wenn möglichst viele Einzelne ihren je eigenen Anfang machen. Gehen wir deshalb jetzt der Reihe nach vor.

Mit dem Titel seines Eröffnungsvortrags – „Das Unbehagen in der Globalisierung“ – erinnerte Thomas Gebauer an Sigmund Freuds drei Jahre vor der Machtergreifung der Nazis veröffentlichte Schrift „Das Unbehagen in der Kultur“. In ihr hatte Freud die Umwälzungen der Epoche auf den zivilisationsgeschichtlichen Sachverhalt zurückgespurt, dass alle Kulturleistungen auf schmerzhaftem Triebverzicht beruhen. Gegenzusteuern sei der Einbuße an Glück nur durch die Modifikation des „Lust-“ zum „Realitätsprinzip“, mit dem das Streben nach Lust in das Bemühen verwandelt wird, Unlust zu vermeiden: eine Transformation, die unbefriedigend bleibe und deshalb im Leben der Einzelnen wie ganzer Gesellschaften zu immer neuen, oft gewaltsamen Ausbruchsversuchen führe. Hielt Freud dieses Dilemma für unauflösbar, setzte Herbert Marcuse Mitte des 20. Jahrhunderts auf die Chance, auf der erreichten Höhe von Kultur und Technik zumindest die „kapitalistische Überformung“ des Realitätsprinzips aufheben zu können. Freud und Marcuse folgend, fasste Gebauer das aktuelle „Unbehagen in der Globalisierung“ in der fortgesetzten Verdrängung dieser historisch einzigartigen Möglichkeit einer neuerlichen Modifikation der Triebökonomie: Sie stehe am Ursprung des

nationalistischen oder rassistischen Ressentiments, sei das Motiv des gedankenverlorenen Massenkonsumismus wie der zynischen Selbstverhärtung, die der Börsenmakler mit dem Drohnenpiloten teile. Abhilfe könne hier allein die Einrichtung einer sozialen Infrastruktur frei und gleich zugänglicher öffentlicher Güter und Dienstleistungen schaffen, die allen neue Möglichkeiten eines „kreativen Seins“ eröffnen könne.

Lebensgefährliches Wachstum

Sonja Buckel und Dennis Eversberg aktualisierten diese Überlegungen im Blick auf die Krise der „imperialen Lebensweise“. Darunter verstehen sie die Lebensweise der Gesellschaften Europas und Nordamerikas ebenso wie die der asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Ober- und Mittelklassen. Der Begriff der „Lebensweise“ soll sagen, dass es dabei um mehr als nur um staatliche Politik und ökonomische Regulation geht; der Begriff „imperial“ verweist darauf, dass diese Lebensweise den unbeschränkten Zugriff auf die globalen Ressourcen zur Voraussetzung hat – inklusive der Verfügung über die globale Arbeitskraft. Die von der Bewegung der Geflüchteten und der Migrantinnen ausgelöste „Krise des Grenzregimes“ könne deshalb, so Buckel, als eine weltgesellschaftliche Auseinandersetzung um die Grenzen der imperialen Lebensweise gedeutet werden: als Widerstand gegen die permanente Externalisierung (Veräußerung) ihrer Unkosten in den globalen Süden, und als Behauptung eines Anspruchs auf Teilhabe an einer globalen Einwanderungsgesellschaft.

Eversberg zufolge wird sich der Kampf um die Grenzen der imperialen Lebensweise in dem Maß ausweiten, wie die Externalisierung ihrer Unkosten zur sozialen und ökologischen Verwüstung der Erde führe. Deshalb sei es nicht

nur illusionär, sondern lebensgefährlich, immer weiter auf ökonomisches Wachstum zu setzen. Gesellschaften des „Postwachstums“ bzw. des „DeGrowth“ müssten sich vom Wahn des Warenwachstums befreien. Deshalb müsse ein Ausstieg aus dem Verbrauch fossiler Energien und der grenzenlosen Extraktion aller verfügbaren Rohstoffe als Chance zur Demokratisierung und Regionalisierung der Produktion und des Konsums ergriffen werden. Deren Maß liege im Gewinn der wachsenden Selbstbestimmung der Einzelnen wie ihrer sozialen Beziehungen.

Es liegt auf der Hand, dass der Kampf um eine solche Einwanderungs- und Postwachstumsgesellschaft insoweit „reformatorisch“ sein wird, als es dabei immer auch um alternative Lebensweisen geht. Doch zugleich gilt, dass der Weg dorthin kein Weg in ein Idyll sein wird. Thomas Gebauer verwies deshalb auf die Notwendigkeit, unser Verständnis gelebter Toleranz zu vertiefen. Tolerant sei nicht, wer den Anderen einfach gelten lasse, ihn dazu aber stets auf Abstand halten müsse. Wirklich nah können sich Fremde vielmehr nur dann kommen, wenn sie sich wechselseitig auch als einander fremd erdulden wollen. Gesellschaftlich setzt solche Duldsamkeit die gemeinsame Anerkennung der Menschenrechte – damit aber auch ihre globale Durchsetzung voraus.

Europa ohne Eurozentrismus?

Konsens aller Beteiligten war, dass der politische Raum, in dem wir um eine reformatorische Überwindung der imperialen Lebensweise streiten können, nur der europäische Raum sein kann. Das gilt für das Problem der Einwanderung ebenso wie für eine Umstellung auf Postwachstum und eine für beides unumgängliche „Demokratisierung der Demokratie“. Hierbei stellt sich unausweichlich die Frage, ob Europa zu solcher „Weltoffenheit“ überhaupt in der Lage

ist. Diese Frage diskutierte der Literaturwissenschaftler und politische Aktivist Qadri Ismail aus Sri Lanka, der nach einem Attentat, das er nur knapp überlebt hat, inzwischen in den USA lebt. Seinen Vortrag „Von den Grenzen Europas“ konnte er allerdings nicht selbst halten, da er kein Visum erhalten hatte. Auf dem Symposium wurde sein Beitrag daher vorgelesen. Um dem beeindruckenden Text noch mehr Gewicht zu verleihen, steuerte der an der Universität Kassel lehrende postkoloniale Theoretiker Aram Ziai einen Kommentar bei. Europa, so Ismail und Ziai, lasse sich ohne seinen Eurozentrismus gar nicht denken, ebensowenig wie Asien, Amerika oder Afrika ohne Eurozentrismus gedacht werden können. Die mörderische Geschichte von Kolonialismus, Imperialismus und imperialer Lebensweise sei aus unserer Welt nie mehr zu tilgen, man könne, anders als Frantz Fanon noch gehofft habe, „Europa deshalb auch niemals verlassen“.

Für die Weltoffenheit eines Europas zu kämpfen, nötige uns alle zum kritischen Eingedenken eben jener Weltoffenheit, mit der das historische Europa den ganzen Planeten verheert habe und weiterhin verheere. Dass wir die Weite und Tiefe einer solchen Reformation unserer Lebens- und Denkweisen heute noch gar nicht überblicken können, schließe nicht aus, sondern gerade ein, mit ihr jetzt schon zu beginnen: in unserem alltäglichen Denken und Handeln, mitten in Europa wie an allen seinen Grenzen. Über die Debatten dieses Symposiums hinaus bleibt die Frage zu klären, wie und wo sich eine solche Reformation den ihr angemessenen politischen Ausdruck verschaffen kann.

Beiträge des Symposiums sind auf der Webseite unter www.medico.de/symposium dokumentiert.



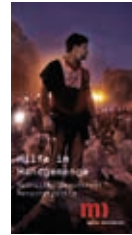
1



2



3



4



5



6



7

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.

Materialliste:**1 Stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

3 medico-Jahresbericht 2015

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. Entgegen der fortlaufenden Entrechtung der Flüchtenden wollen wir die Intrechtssetzung der durch Krieg und Armut Bedrohten mit diesem Plakat deutlich machen. Mitgefühl ist ein Anfang, die Durchsetzung universeller Menschenrechte das Ziel. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch erhältlich. Dazu gibt es einen deutschsprachigen Flyer mit medico-Projektbeispielen.

6 Das beste Hotel Europas

[DIN A2] Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Spendenstichwort: Flucht und Migration

7 Warum Menschen fliehen

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir dazu anregen, bei der Rede über Fluchtursachen und ihre Bekämpfung genau hinzuhören. Wir möchten Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Ohne Abb.: Flyer „Cool, aber tödlich“ mit Aufklebern

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Ich bestelle:

_____ Broschüre: stiftung medico international

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ medico-Jahresbericht 2015

_____ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge

_____ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben

_____ Faltblatt: Für das Recht zu bleiben

_____ DIN A2 Plakat: Bestes Hotel Europas

_____ Broschüre: Warum Menschen fliehen

_____ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich

_____ Abonnement medico-Rundschreiben

_____ vier Hefte/Jahr

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

kostenlose Materialien bestellen

**dass einmalig eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.**

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

**Bitte einsenden an
medico international**

Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02

Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Impressum

Herausgeber:
medico international
 Burgstraße 106
 D-60389 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Arlt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Titelbild: Kader Attia, Chaos + Repair = Universe, 2014
 © VG Bild-Kunst, Bonn 2016, Courtesy Kader Attia and Galeria Continua, Foto: MMK Museum für Moderne Kunst / Axel Schneider

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international,
 Spendenkonto BIC: HELADEF1822,
 IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Arlt und Tanja Villinger

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.
 Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,
 Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Angesichts der Verhältnisse in der Welt erweisen sich Flucht und Migration als Akte des Aufbegehrens. Wenn sich Menschen auf den Weg machen, spiegelt sich darin immer auch das Pochen auf Zukunft und Anerkennung.

Aus dem Jahresbericht



NEU: Jahresbericht 2015. Die medico-Gesamtschau.

Migration: Flüchtlingskrise? Weltkrise! Nothilfe: Wiederaufbau in Nepal. Gesundheit: Brachiale Industrialisierung in Brasilien. Menschenrechte: Demokratie in Sri Lanka und Protest in Guatemala. Psychosoziales: Stiftungssymposium zu Resilienz. medico vor Ort: Alle weltweiten Partner und Projekte. Transparenz: detaillierter Finanzbericht u.v.m.

44 Seiten, kostenlos. Tel. [069] 944 38-0, info@medico.de, www.medico.de

m)
medico international

#BesteHotelAthen

KEIN POOL, KEINE MINIBAR,
KEIN ROOMSERVICE UND TROTZDEM

DAS BESTE HOTEL EUROPAS

Das Hotel City Plaza in Athen bietet Geflüchteten Zuflucht.
Dafür braucht es unsere Unterstützung. Mehr zum Hotel auf
www.europas-bestes-hotel.eu

**JETZT
SPENDEN!**

medico international
Spendenstichwort: „City Plaza“
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00
BIC: HELADEF1822 | Frankfurter Sparkasse

network
welcome to europe
www.wtoe.de

m)
medico international

**WELCOME
2 STAY.**